

107554

**Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD - Oslo**

Oslo, den 28. Mai 1943

Tgb. Nr. 156/43 g

2. TI

Geheim!

A.O.K. Norwegen (1c)

Eing: -4 JUN 1943-

Nr.: 310.7/43g

Anl.

Meldungen aus Norwegen

Nr. 56

A14/IIa ✓

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt
und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüber-
prüft** übersandt wird.

92905

20837

31480

R 70/12

Oberkommando des Heeres
 Generalstab des Heeres
 Generalquartiermeister
 Az.: I B (V)
 Nr. 3 000/40 g.Kdos.

17 OKT. 1940
 Nr. 182749/4

32 Au
 18/10
 H.Qu. OK
 2
 Geheime Kot.

-1 Bd. (Ref. Nr. 49)

Betr.: Zusammenstellung der grundlegenden Verordnungen, Bekanntmachungen und Befehle für die Militärverwaltung i.

In anliegendem Heft sind die grundlegenden Verordnungen, Bekanntmachungen und Befehle über die Militärverwaltung im Land für den Handgebrauch zusammengestellt.

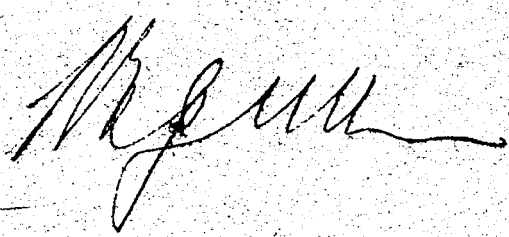
Bis zum A-Tage ist das Heft als g.Kdos.-Sache, vor dem A-Tage als Geheim-Sache zu behandeln.

Für den Generalquartiermeister
 Der Chef des Stabes A

Verteiler:

Ausfertigung:

- H.Gr.A. 1.
- A.O.K. 9 2.
- A.O.K. 16 3.
- Chef Mil.Verw.Frkr. 4.
- Mil.Bef.in Belg.u.Nordfr. 5.
- OKW/L IV 6.
- Ausl./Abw.(II) 7.
- Pr. 8.
- St. Rü 9.
- W R 10.
- M 11.
- Ob d L 12.
- Adj. Ob d H 13.
- Adj. Chef Gen St d H 14.
- Op. Abt. 15.
- O. Abt. 16.
- OCu I 17.
- OCu IV 18.
- Chef a.N.F. 19.
- Chef H.Tr.W. 20.
- Gen Qu 21.
- / I A 22.
- K V Qu 4 23.
- K V (V) 24.
- K V (W) 25.
- K V (Rü) 26.
- Wg-Wi-Stab E 27.
- I Va 28.
- I H 29.
- OCu.E. 30.
- A.O.K. 31.
- Vorrat 32.



Inhaltsübersicht.A - Allgemeine Lagea) Stimmung

Seite: 1 - 5

Stimmungsnässige Auswirkungen der militärischen Lage - Steigerung der Beunruhigung über die Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes - Festnahme der Führung der "Vorläufigen Kirchenleitung Prof. Hallesby und Hope - Gegenmaßnahmen gegen die Landesflucht - Auswirkungen der anti-bolschewistischen Propaganda - Der "17. Mai" -

b) Innerpolitische Entwicklung

Seite: 6 - 9

Die Rede Ministerpräsidenten Quisling am 17. Mai - Nachwirkungen der Regierungsunbildungspläne von Minister Prytz - Die Besuche des Reichskommissars in den Hause des Ministerpräsidenten Quisling und denen der Minister Prytz und Hagelin -

Nasjonal Samling

Seite: 10 - 18

Zunehmende Ablehnung der deutschen Politik in der NS - Der Einfluß Minister Fuglesangs auf die Haltung der Partei - Die Personalpolitik Minister Fuglesangs - Die Enthebung Prof. Herman Harris Aall als Vorsitzender des Parteigerichts im Zusammenhang mit dem Falle Aagaard - Unge-rechte Behandlung eines Hirnmannes - Interview des neuen Fylkesförsers in Kristiansand Andersen - Rede des neuen Fylkesförsers in Fredrikstad Dr. Häreid - Die Durchführung der Hirnpflicht - Der Nachschub für die Förergerde -

Gernanske SS und Waffen-SS

Seite: 19 - 21

Ablehnende Haltung weiter NS-Kreise gegenüber der Gernanske-SS - Die Werbung für das Panzer-grenadierregiment Norge - Kritische Äußerungen aus NS-Kreisen zur Gernanske-SS

B - G e g n e r .a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

Seite: 22 - 28

Der Verlauf des 17. Mai - Zunahme der Zahl der Landesfluchtfälle - Fahndungsaktion in Hafengebiet von Drontheim und in Osloer Hafengebiet - Aufrollung der Militär- und Flugblattorganisation in Askin -

b) Kommunismus, Sabotage.

Seite: 28 - 29

Sprengstoffanschlag auf den Kohlendampfer Sarnev - Haltung der Bevölkerung in Drannen

c) Kirche.

Seite: 30 - 31

C - Lebensgebiete.b) Kulturelles Leben.Hochschule und Wissenschaft.

Seite: 32 - 33

Einziehung von politisch mißliebigen Studenten der Universität Oslo zum Arbeitsersatz - Die Wiedererrichtung des Norsk Studentersamfund -

Deutsch-Norwegische Gesellschaft.

Seite: 34 - 35

Positive Entwicklung der Deutsch-Norweg. Gesellschaft - Schwierigkeiten bei der Beschaffung von einem Heim für die Deutsch-Norwegische Gesellschaft in Oslo.

Theater.

Seite: 36 - 38

Einsetzung von NS-Kommissaren bei den Theatern Oslos - Der Boykott gegen das Nationaltheater - Absetzung des Theaterstückes "Gullstolen"

Rundfunk.

Seite: 39 - 42

Einsetzung eines ständigen Generaldirektors beim norwegischen Rundfunk - Die Position Dr. Mehles beim Norweg. Rundfunk - Die Seemannssendungen - Versuche zur Ausschaltung des deutschen Einflusses auf den Rundfunk - Sendereihe "Über die Grenzen" - Aufnahme der Rückkehr-Propaganda in norweg. Emigrantenkreisen in Schweden - Die Behandlung der beschlagnahmten norweg. Rundfunkgeräte -

Sport.

Seite: 43 - 45

Zusammenkunft der Gausportleiter des norweg. Sportverbandes - Scharfe Kritik am norweg. Sportverband -

c) Verwaltung und Recht

Seite: 46 - 47

Freilassung von 245 politischen Häftlingen - Todesurteil des SS- u. Polizeigerichts Nord gegen 10 Norweger - Landesflucht - Die Tätigkeit des SS- u. Pol. Gerichts Nord sowie der deutschen Kriegengerichte in Norwegen in 1. Quartal 1943 -

d) Wirtschaft.Arbeit- und Sozialwesen.

Seite: 48 - 55

Nationaler Arbeitseinsatz - Erzwungene Teilnahme von Norwegern an OT-Lehrgängen - Schwierigkeiten beim Antransport u. Einsatz der Arbeitspflichtigen - Neuer Bauarbeitertarif - Fachliche Landesorganisation - Rückgang der Beitragszahlungen.

2 Anlagen.

A - A l l g e m e i n e L a g e .

a) Stimmung.

Die allgemeine Stimmung der norwegischen Bevölkerung ist durch eine ungewöhnlich lebhafte Erörterung der verschiedenen militärischen und innerpolitischen Probleme gekennzeichnet. Im Vordergrund der Diskussion stehen der Fall von Tunis und die daraus gezogenen Schlüsse sowie der Nationale Arbeitseinsatz.

Dem Fall von Tunis wird von fast der gesamten Bevölkerung eine kriegsentscheidende Bedeutung beigemessen. Man rechnet nunmehr mit dem Eintritt der Türkei in den Krieg, mit Invasionen in Südfrankreich, Italien oder Griechenland, mit einer kritischen innerpolitischen Entwicklung in Italien usw. Die Gerüchte über einen englisch-amerikanischen Angriff auf Norwegen haben unter dem Eindruck dieses Ereignisses neuen Auftrieb erhalten, der örtlich noch durch die verschiedenen Grossfahndungsaktionen der deutschen Polizei sowie durch Evakuierungsvorbereitungen in den Gebieten an der schwedischen Grenze eine Verstärkung erfahren hat. In diesem Zusammenhang sind in ganz Südostnorwegen (Östfold und Oslo) lebhafte Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg zwischen Deutschland und Schweden festzustellen. Die starken Reiseeinschränkungen werden vielfach als Vorbereitungen für grössere Truppenverschiebungen mit dem Ziele "schwedische Grenze" gedeutet.

Aus NS-Kreisen liegen ebenfalls Meldungen vor, wonach der Fall von Tunis die noch nicht ganz überstandene "Winter-Stimmungskrise" wieder habe aufleben lassen.

- 2 -

Fast in ganz Norwegen ist eine lebhafteste Steigerung der Beunruhigung über die Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes festzustellen. Vor allen Dingen aus Fredrikstad, Stavanger und Bergen wird darüber berichtet, dass das Anlaufen der Arbeitseinziehungen für die Bevölkerung insofern eine bittere Überraschung bedeutete, als man bisher angenommen hatte, die Regierung würde es nicht wagen, das Gesetz über den Nationalen Arbeitseinsatz zu realisieren. Nahezu einheitlich wird als Argument gegen den Nationalen Arbeitseinsatz ins Feld geführt, dass die Verpflichteten nicht bei solchen Arbeiten eingesetzt würden, die zur Hebung der Versorgung der norwegischen Bevölkerung durchgeführt würden, sondern vor allem bei deutschen Befestigungsbauten. Die "Vorläufige Kirchenleitung" unter Professor Hallestbye und dem Generalsekretär der Chinamission Hope hat sich in einem Schreiben an Ministerpräsident Quisling gewandt, in dem darauf hingewiesen wird, dass der Einsatz bei deutschen Befestigungsbauten nicht mit dem Völkerrecht übereinstimme und die Eingezogenen in Gewissensnöte bringe. Damit könne sich die Vorläufige Kirchenleitung nicht einverstanden erklären. Die Führer der "Vorläufigen Kirchenleitung", Professor Hallestbye und Hope, sind auf Anordnung des Reichskommissars festgenommen worden, weil sich ihr Vorgehen gegen Massnahmen richtete, ^{hinter} die sich der Reichskommissar in seiner Rede vom 1.2. mit seiner ganzen Autorität gestellt hatte. Sie sollen nach Deutschland verbracht werden. Die Festnahme von Hallestbye und Hope hat in der Bevölkerung und insbesondere in laienchristlichen Kreisen fühlbare Erregung verursacht. Man erklärt, dass nunmehr der Reichskommissar, der bisher im Gegensatz zu der Regierung Quisling eine ^{gegenüber} auf jeden Fall neutrale Haltung der Kirche eingenommen habe, in die Front der NS eingeschwenkt sei. Damit hätten sich die Verständigungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und dem christlichen Norwegen weiterhin verschlech-

tert. Ferner weist man darauf hin, dass Hallesby und Hope sich auf Grund nachweisbar richtiger Unterlagen zum Sprecher des norwegischen Volkes gemacht hätten. Von deutscher Seite könne, so erklärte man weiter, nicht bestritten werden, dass Norwe ger, die zum nationalen Arbeitseinsatz eingezogen wurden, gezwungen worden waren, in deutsche Organisationen einzutreten, die zum Wehrmachtsgefolge zählen. Die Popularität, die Hallesbye und Hope als Führer der laienchristlichen Bewegung in Norwegen und Führer der "Vorläufigen Kirchenleitung" genossen hätten, habe sich durch ihr "mannhaftes Auftreten" weiterhin vertieft.

Im übrigen halten sich die Gerüchte über Arbeitsverschickungen nach Deutschland hartnäckig. Sehr weit verbreitet ist auch die Auffassung, dass es sich bei der Arbeitsmobilisierung um den Auftakt zu einer militärischen Mobilisierung handele.

In dieser Verbindung wird in der Bevölkerung vor allen Dingen auch auf die Ausführungen Quislings bei der Verabschiedung der Kompanie der Germanske ⁴ vor ihrer Abfahrt zur Front hingewiesen. Quisling erklärte bei dieser Gelegenheit u. a.: "Wenn wir keinen Gebrauch von dem Recht gemacht haben, alle waffenfähigen Männer zur Verteidigung des Vaterlandes in Kriegszeiten unter die Fahnen zu rufen, so ist dies u. a. deswegen geschehen, weil der freiwillige Kriegseinsatz so viel mehr zählt - und schliesslich der beste Beweis dafür ist, dass es in unserem Volke noch "Norwegenmut" gibt. Aber die Nachsicht, die gezeigt wurde, kann eines Tages zu Ende sein. Es kann der Tag kommen, da die Pflicht gegenüber dem Vaterland - die höchste Pflicht, die der Mensch hat - es gebietet, dass die Grenze der Nachsicht erreicht ist."

In diesem Zusammenhang wird besonders aus dem Gebiet um Kongsvinger und aus Östfold ein ständiges Steigen der Landesfluchtfälle gemeldet. Die der norwegischen Polizei schon seit langer Zeit gegebenen Richtlinien über die bei Landesflucht zu treffenden Gegenmassnahmen sind nur mangelhaft beachtet und durchgeführt worden. Im Hinblick auf die bedenklich hohe Zahl der nach Schweden geflohenen Norweger wurde die norwegische Polizei erneut angewiesen, nunmehr in jedem einzelnen Falle ohne Rücksicht entsprechend den getroffenen Anordnungen die männlichen Familienangehörigen festzunehmen und das Vermögen zu beschlagnahmen. Vom norwegischen Polizeidepartement wurde daraufhin den Polizeimeistern und Lensmännern aufgegeben, rückwirkend vom 1.4. ds.Js. ϵ in allen Landesfluchtfällen die entsprechenden Massnahmen durchzuführen. Hierdurch kam es zu einer starken Beunruhigung in der Bevölkerung, da nun mit einem Male Verhaftungen in einem Umfang durchgeführt wurden, die zu Störungen führen mussten. Die Beunruhigung wurde noch durch eine starke Gerüchtbildung gesteigert, wobei Verhaftungszahlen genannt wurden, die das Zehnfache der wirklich vorgesehenen Festnahmen überstiegen.

In den Berichten aus der Provinz wird ausführlich auf die Wirkung der deutschen antibolschewistischen Propaganda eingegangen. Während nach einem Bericht aus Bergen in dem dortigen Gebiet nahezu keine Wirkung festzustellen ist, wird aus Stavanger berichtet, dass insbesondere der Fall von Katyn in der Bevölkerung nicht ohne Eindruck geblieben sei, obgleich man es strikt vermeide, darüber zu sprechen. Aus Östfold wird gemeldet, dass anfänglich die Berichte über den Mord im Wald von Katyn als "Propaganda" abgelehnt worden seien. Später habe man sich aber doch unter der Einwirkung der Sachverständigen-Berichte nicht dem Eindruck dieses Ereignisses entziehen können. Eine ähnliche Entwicklung wird aus dem Gebiet um Kon- s-

vinger gemeldet. Aus Tromsø wird berichtet, dass in Kirkenes auf Grund der Nähe der Front die antibolschewistische Propaganda eine durchaus gute Wirkung gehabt habe. Allgemein werde der Bolschewismus abgelehnt und der Wunsch nach einem deutschen Sieg ausgesprochen.

Bemerkenswert ist in diesen Zusammenhang auch die Tatsache, dass das Flugblatt "Radio-Nytt" vom 11. Mai 1943, - das sich ausführlich mit der Rolle Polens beschäftigt und dabei Polen faschistischer Tendenzen beschuldigt - es ausdrücklich vermeidet, auf die Ursache des polnisch-sowjetrussischen Konflikts - nämlich die Auffindung der polnischen Offiziere im Wald von Katyn - einzugehen. Das Flugblatt begründet die Krise in dem Verhältnis Polen - Sowjetrussland ausschliesslich mit den Ansprüchen Polens auf Gebiete, die sowjetrussisch seien.

Der Nationalfeiertag des norwegischen Volkes, der "17. Mai" (Gedenktag zur Erinnerung an die Verfassungsgebung von 1814), ist nach den vorliegenden Meldungen im ganzen Lande ohne Störungen verlaufen. Da am selben Tage die Nasjonal Samling den Tag ihres 10-jährigen Bestehens feierte, war von gegnerischen Kreisen die Parole ausgegeben worden, am Nachmittag zu Hause zu bleiben. Dieser Parole wurde in starkem Masse von der Bevölkerung Oslos Folge geleistet. Auf den Strassen und Plätzen sowie in den Kinos und Restaurants waren fast ausschliesslich nur Angehörige der Nasjonal Samling sowie deutsche Zivilisten und Soldaten zu sehen. In einer Reihe von Fällen wurde von Frauen - ebenfalls entsprechend einer von gegnerischen Kreisen ausgegebenen Parole - Trauerkleidung getragen.

- 6 -

b) Innerpolitische Entwicklung

Die nunmehr seit Monaten andauernde Diskussion in führenden Partei- und Regierungskreisen über die Gestaltung des deutsch-norwegischen Verhältnisses, Abschluß eines Vorfriedensvertrages usw. hat durch die große Rede Ministerpräsident Quislings am 17. Mai, dem früheren Nationalfeiertag des norwegischen Volkes und 10-jährigen Gründungstages der Nasjonal Samling, eine neue Note erhalten.

Schon mehrere Tage vor dem 17.5. wurde in führenden Parteikreisen darauf hingewiesen, daß der Ministerpräsident sich in seiner Rede vorwiegend mit der Frage der Gestaltung des deutsch-norwegischen Verhältnisses befassen und bei dieser Gelegenheit auch nähere Einzelheiten über den Inhalt seiner letzten Besprechungen mit dem Führer mitteilen werde. Teilweise wurde bereits zu diesem Zeitpunkt von einigen NS-Mitgliedern deutliche Kritik an dem zu erwartenden Inhalt der Rede Quislings geübt. So erklärte ein NS-Journalist, der persönliche Beziehungen zum Ministerpräsidenten hat, Quisling spreche immer noch von der Freiheit und Selbständigkeit Norwegens, obgleich er ganz genau wisse, daß Deutschland nicht beabsichtige, die norwegische Souveränität wieder herzustellen. Ein hoher Regierungsbeamter äußerte im kritischen Sinne, daß Quisling bei seiner damals bevorstehenden Rede vom 17.5. den Versuch machen werde, den endgültigen Verzicht Norwegens auf Souveränität zu begründen und populär zu machen.

Die im Rahmen der 10-Jahres-Feierlichkeiten der Nasjonal Samling gehaltenen Rede Quislings beschäftigt sich einleitend nur kurz mit der Geschichte der Partei und kam dann auf die großen Gegenwartsprobleme zu sprechen. In diesem Zusammenhang führte Quisling u.a. aus:

Norwegen

- 7 -

"Norwegen in einem germanischen Staatenbund auf denjenigen Platz zu führen, der ihm in Europa zukommt, und damit die einzigmögliche Sicherheit für eine große Zukunft des norwegischen Volkes zu schaffen, darin sehe ich meine historische Aufgabe. An ihre Verwirklichung glaube ich und für die Zukunft meines Volkes kämpfe ich. Es ist meine feste Überzeugung, daß mein Lebenswerk, das immer im Dienste an meinem Volk bestand, hierin seine Vollendung finden wird. Wir haben Adolf Hitlers Wort dafür, daß Norwegen eine große Zukunft und eine große Aufgabe im neuen Europa zu erfüllen hat. Und ich habe sein Wort dafür, daß Deutschland bei der kommenden germanischen und europäischen Neuordnung keinen Gedanken daran hat, mehr von Norwegen zu fordern, als zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der beiden germanischen Völker und für Europas Sicherheit notwendig ist und daß die Neuordnung Europas, deren Form noch nicht festgelegt werden kann, auf der nationalen Eigenart und freien Entwicklung der einzelnen Völker aufbauen soll."

Die Rede Quislings ist nach den bisher vorliegenden Meldungen innerhalb der Osloor Parteimitgliederschaft durchaus gut aufgenommen worden. Es besteht jedoch der Eindruck, daß einmal die Anteilnahme der breiten Parteikreise an der Rede nicht sonderlich groß gewesen ist und zum anderen, daß vielen Mitgliedern die Bedeutung der von Ministerpräsident Quisling im Verlauf seiner Rede abgegebenen Erklärung über die Gestaltung des deutsch-norwegischen Verhältnisses nicht aufgegangen ist. Bisher ist von Seiten der Partei noch nichts geschehen, um die von Quisling zum Ausdruck gebrachten Gedanken nunmehr durch Reden und Diskussionen in die breitere Parteimitgliederschaft hineinzutragen.

Dieser Tatsache entspricht die Beobachtung, daß in führenden Partei- und Regierungskreisen der Inhalt der Rede Quislings mit fühlbarer Zurückhaltung diskutiert wird.

Man

- 8 -

Man läßt durchblicken, daß die in der Rede Quislings abgegebene Erklärung über die zukünftige Gestaltung des deutsch-norwegischen Verhältnisses keine konkreten Angaben enthalte, aus denen die Stellung Norwegens im neuen Europa ersichtbar sei. Diesen und ähnlichen Formulierungen ist ein gewisser Vorwurf gegen Quislings mangelnde Energie und Härte bei der Durchsetzung der norwegischen Ansprüche auf innere Souveränität zu entnehmen.

Die in den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 51 und 52 ff. berichteten Pläne von Minister Prytz in Richtung auf eine umfassende personelle Umbesetzung der Regierung haben - wie erst jetzt erkennbar ist - scheinbar doch einen nachhaltigeren Einfluß auf die Gruppenbildung innerhalb der Regierung ausgeübt, als zunächst angenommen werden konnte. Es ist nämlich bekannt geworden, daß die 6 Minister, die Prytz aus der Regierung zu entfernen beabsichtigte - nämlich Riisnaes, Hagelin, Blehr, Fretheim, Høstad und Irgens - zusammen mit den Ministern Skancke und Jonas Lie ein Protestschreiben an den Ministerpräsidenten gerichtet haben, in dem gegen die Pläne von Prytz Einspruch erhoben wird. Auch in einer Kabinettsitzung, die vor etwa 4 bis 5 Wochen stattgefunden hat, wurden nochmals die Pläne von Prytz aufgegriffen und letzterer dabei scharf angegriffen. In diesem Zusammenhang heißt es, daß die Stellung von Minister Prytz im Kabinett z.Zt. stark isoliert sei.

Wie im Teil "Nasjonal Samling" der vorliegenden "Meldungen aus Norwegen" näher ausgeführt wird, ist die Situation innerhalb der Partei in zunehmendem Maße durch eine ablehnende Haltung gegenüber der deutschen Politik gekennzeichnet. In dieser Verbindung kann darauf hingewiesen werden, daß kürz-

liche

liche Besuche des Reichskommissars in dem Hause des Ministerpräsidenten Quisling, sowie in denen der Minister Prytz und Hagelin in führenden Partei- und Regierungskreisen vielfach in positivem Sinne erörtert werden. Man hebt hervor, dass der Reichskommissar bei diesen Gelegenheiten eine Aufgeschlossenheit für freimütige Äusserungen gezeigt habe, die manches Missverständnis beseitigt haben. Ganz offenbar hat auch die Art des Reichskommissars, zu diskutieren und zu argumentieren, beeindruckt. Darüberhinaus wird von Beteiligten bemerkt, dass die Gespräche mit dem Reichskommissar in verschiedenen, zwischen Deutschland und der NS strittigen Fragen ein stärkeres Verständnis für den deutschen Standpunkt hätten entstehen lassen.

Nasjonal Samling.

Die Situation innerhalb der Nasjonal Samling ist durch eine zunehmende Ablehnung der deutschen Politik in weiten Parteikreisen der grösseren Städte des Landes sowie durch den auch in den breiten Mitgliederkreisen infolge der militärischen Entwicklung der letzten Zeit bedingten verbreiteten Pessimismus gekennzeichnet.

Die vorstehende Feststellung bezüglich der anhaltenden Ablehnung der deutschen Politik wurde auf Grund von Beobachtungen getroffen, die vor den letzten Gesprächen gemacht wurden, die im Hause des Ministerpräsidenten Quisling und der Minister Prytz und Hagelin in Anwesenheit des Reichskommissars stattfanden. Die sich aus diesen Gesprächen ergebende Auflockerung ist bei der erwähnten Feststellung noch nicht berücksichtigt worden. (Nähere Einzelheiten über die Auswirkungen der Gespräche siehe Teil "Innerpolitische Entwicklung").

Die allmählich auch einfache NS-Mitglieder erfassende Welle der Deutschfeindlichkeit hält nach übereinstimmenden Berichten in Oslo und den grösseren Städten des Landes im Gegensatz zu den bäuerlichen Gebieten weiterhin an. Selbst NS-Funktionäre betonen, dass noch nie in einer so gehässigen Weise über die Deutschen gesprochen worden sei, wie in letzter Zeit. Die deutschfeindlichen Äusserungen zahlreicher NS-Mitglieder seien zum Teil feindseliger und gehässiger als bei den sogenannten Jüdsingern.

In Gesprächen werde die deutsche Politik in Norwegen mit Leidenschaftlichkeit angegriffen. Hierbei werde vor allen Dingen hervorgehoben, dass die praktischen deutschen Massnahmen in Norwegen in einem deutlichen Gegensatz zu der offiziellen deutschen grossgermanischen Propaganda stünden. Selbst von solchen NS-Mitgliedern, die bisher immer eine weitgehende Zugänglichkeit gegenüber der grossgermanischen Propaganda erkennen liessen, wird bemerkt, dass der Gegensatz zwischen dem Reden und dem Handeln der Deutschen es schliesslich verständlich mache, dass weitere Kreise der Partei in eine deutschfeindliche Stimmung gerieten. Zu dieser Entwicklung

wird weiter bemerkt, daß auch die in letzter Zeit gehaltenen Reden von Parteiführern, in denen die Gemeinsamkeit des Weges der Deutschen und Norweger immer wieder unterstrichen werde, keinen positiven Einfluß auszuüben vermocht hätten, da die Art und Weise, in der von deutscher Seite mit norwegischem Volksbesitz umgegangen werde, langsam auch den breiten Parteikreisen bekanntgeworden sei. Besonders bedenkliche stimmungsmässige Auswirkungen hatten offenbar Erzählungen von angeblichen Äußerungen verantwortlicher Deutscher, aus denen eine überhebliche Einstellung gegenüber dem Norweger hervorgeht. Das typische Beispiel einer solchen Erzählung ist ein Gerücht, wonach bei einem Appell in einer Einheit der Waffen-SS ein Befehl des Reichsführers-SS verlesen worden sei, in dem die Männer dazu aufgefordert wurden, den Frauen anständig entgegenzukommen. Bei dieser Gelegenheit soll, dem Gerücht zufolge, der den Befehl verlesende Oberscharführer erklärt haben, dieser Befehl gelte natürlich nur für die deutschen Frauen, bei den norwegischen Frauen sei es natürlich etwas anderes.

Von einsichtigen NS-Mitgliedern wird hierzu bemerkt, daß dieser vielfach beobachteten überheblichen Einstellung der Deutschen leider auf NS-Seite eine häufig nicht viel bessere Einstellung gegenüberstehe. In diesem Zusammenhang wird vor allen Dingen auf den Einfluß Minister Fuglesangs und ganz allgemein der NS-Propagandaleitung hingewiesen. Minister Fuglesangs Haltung sei, trotz mancher Konzessionen an den großgermanischen Gedanken, chauvinistisch. Er sei der typische Repräsentant einer politischen Konzeption, die auch von Expeditionschef Klevenberg und Innenratsrat Dahl sowie zahlreichen Angehörigen der Hirdführung und der Osloer Fylkesführung vertreten werde und deren Tendenz auf eine möglichst weitgehende Ausschaltung des deutschen Einflusses auf die innernorwegischen Verhältnisse hinausgehe. Es sei auf jeden Fall bezeichnend, daß fast sämtliche Gerüchte und Erzählungen mit deutschfeindlicher Tendenz, die innerhalb der Partei umliefen, sich auf irgendeinen der engeren Anhänger Minister Fuglesangs zurückführen liessen. Diese Tatsache bedeute zwar nicht ohne weiteres, daß von dem Kreis um Minister Fuglesang eine systematische Propaganda gegen Deutschland getrieben werde, sie sei aber doch bezeichnend für die Einstellung, die in diesem Kreise herrsche. Darüberhinaus sei es bei der allgemeinen

Handwritten notes: *Handwritten notes: 52-78 1/2*

16

- 12 -

Redseligkeit führender Parteimitglieder nicht verwunderlich, wenn der Inhalt solcher deutschfeindlichen Gespräche langsam in die breite Masse der Partei getragen werde.

Handwritten note: ...

Besonders aufschlußreich für die Haltung Fuglesangs ist seine Personalpolitik. Sie läßt erkennen, daß er ständig bemüht ist, alle wichtigen Positionen innerhalb der Partei nach Möglichkeit mit solchen Personen zu besetzen, die sowohl ihm persönlich verpflichtet sind, als auch zu seiner chauvinistischen Einstellung gehören. In diesem Zusammenhang kann vor allen Dingen auf die Besetzung des Postens des Stabschefs der NS-Jugend durch Tiedemann-Ruud hingewiesen werden. Entsprechend der politischen Einstellung Fuglesangs hat Tiedemann-Ruud kurz nach seiner Wiedereinsetzung als Stabschef damit begonnen, die Angehörigen des Jugendstabes im deutschfeindlichen Sinne zu beeinflussen. Weiter heißt es, daß er in letzter Zeit in geschickter Form versuche, die Entsendung Jugendlicher in deutsche Wehrrichtungs-lager zu bremsen. Daß von den bisherigen Teilnehmern an den Jugend-Wehrrichtungs-lagern in Deutschland sich nur ein ganz verschwindender Teil zum Panzer-Grenadier-Regiment Norge gemeldet hat, kann vielleicht mit dem Einfluß Tiedemann-Ruuds in Verbindung gebracht werden.

Gerüchtweise verlautet, daß Fuglesang beabsichtigt, den jetzigen Hirdstabschef Thronsen als Vertreter für den wahrscheinlich an die Front gehenden bisherigen Hirdchef Moystad einzusetzen und als Nachfolger für Thronsen in seiner Funktion als Stabschef Tiedemann-Ruud zu berufen. Das endgültige Ziel dieser Maßnahme soll angeblich sein, daß Thronsen nach der Rückkehr Moystads von der Front als vertretender Hirdchef abgelöst werde, während Tiedemann-Ruud in seiner Stellung als Stabschef des Hird bleiben solle.

Ein weiteres Beispiel der Personalpolitik Fuglesangs ist die Behandlung der Nachfolge für den enthobenen Riksökonomiechef Thronsen. In diese Stellung soll dem vorläufig eingesetzten und politisch durchaus positiven Realph Fossum entweder das NS-Mitglied Gude oder der jetzige Fylkesführer von Bergen, Astrup, folgen. Auch diese beiden Vorschläge entsprechen durchaus der

chauvinistischen Grundlinie der Fuglesang'schen Personalpolitik. Sowohl Astrup als auch Gude gelten als "Norsk-norsk". In dieser Verbindung sei noch bemerkt, daß Minister Prytz als endgültigen Nachfolger für Riksökonomiechef Thronsen den Drontheimer Bankchef Nickelsen in Vorschlag gebracht hat.

Zur Kennzeichnung der Personalpolitik Fuglesangs muß auch der weitere Verlauf des Falles "Aagaard" herangezogen werden. Wie dazu hier bekannt wird, hat der Vorsitzende des Verfahrens, Professor Herman Harris Aall ein Schreiben erhalten, in dem ihm mitgeteilt wird, daß er seines Amtes als Vorsitzender des Parteigerichts enthoben sei. In der Mitteilung des Parteigerichtsssekretärs Finn Thrana an Prof. Aall heißt es, daß der Förer seinem Wunsche, vom Vorsitz im Verfahren gegen Aagaard zurücktreten zu wollen, entsprochen habe, und damit dem Umstand, daß er sich inhabil fühle, Rechnung getragen sei. Der Wunsch sei dem Förer vorgetragen und der Justizraad Larssen an seiner Stelle eingesetzt worden.

Die Enthebung hat auf Prof. Aall peinlichst überraschend gewirkt. Aall hat zu der Maßnahme, der ein Gespräch mit dem Sekretär Thrana vorausging, am 15.5. in einem Schreiben an das Parteigericht Stellung genommen. Darin heißt es u.a.:

"... Zu Ihrer heutigen Mitteilung, daß ich auf "eigenen Wunsch in der Parteigerichtssache gegen Herrn Aagaard meines Postens enthoben bin, muß ich aufmerksam machen, daß ich persönlich keinerlei Wunsch geäußert habe, von dieser Stellung zurückzutreten, mich auch selbst nicht als befangen fühle, weil ich dann auch nicht in der ersten Gerichtssitzung erschienen wäre."

Aall schreibt u.a. dann weiter:

"Ich halte es in jedem Falle für notwendig, vorzubeugen, daß eine Entscheidung aufgrund falscher Voraussetzungen getroffen wird. Es wäre beklagenswert, wenn mein Telefongespräch nicht vermocht hätte, meine Bedenken hinreichend klarzulegen..."

Auf dieses Schreiben Aalls hin, erhielt dieser eine weitere Mitteilung Thranas, aus dem hervorgeht, daß die Enthebung als Parteigerichtsvorsitzender endgültig sei.

Von beteiligter NS-Seite will man in dieser Entscheidung, hinter der der Einfluß des Parteiministers Fuglesang angenommen werden kann, einen geschickten Schachzug erblicken, mit dem eine Entfremdung zwischen Quisling und Professor Aall bewirkt werden soll.

Diese Behandlung des Falles "Aagaard" hat auch über die unmittelbar beteiligten Kreise hinaus unwilliges Aufsehen erregt und zu Schlußfolgerungen hinsichtlich der anhaltenden Wirksamkeit der Freimaurer innerhalb der Partei Veranlassung gegeben.

In derselben Richtung wird nunmehr auch die Behandlung eines Falles gedeutet, in dem nur durch das Eingreifen der deutschen Sicherheitspolizei die ungerechte Behandlung eines Hirdmannes verhindert werden konnte.

Einer Darstellung zufolge, die der hiesigen Dienststelle zugeht, hatte der Marinehirdmann Finsrud in seiner Eigenschaft als Angestellter des Sekretariats der Fachlichen Landesorganisation den Auftrag erhalten, eine Gruppe von jungen Männern, die zum nationalen Arbeitseinsatz eingezogen worden waren, über Kristiansand zu ihrer auf der Halbinsel Lista liegenden Arbeitsstelle zu bringen. Nach der Ankunft in Kristiansand stellte sich heraus, daß der für den Weitertransport vorgesehene Omnibus nicht für die gesamte Gruppe ausreichte, so daß 4 junge Männer in Kristiansand zurückbleiben mußten. Finsrud entließ diese, nachdem sie erklärt hatten, daß sie in Kristiansand bei Bekannten unterkommen könnten und nachdem sie auf Ehrenwort erklärt hatten, sie würden am folgenden Tage zur festgemachten Zeit an der Abfahrtsstelle des Omnibus erscheinen. Die jungen Männer - durchweg Söhne wohlhabender Eltern, darunter 2 Söhne des Reeders Lexow - benutzten jedoch sofort den nächsten nach Oslo abgehenden Zug, um sich nach Hause zurückzubeben. Hier setzten sie sich am nächsten Tage mit einem Anwalt in Verbindung, der ihnen offenbar den Rat gab, Finsrud zu beschuldigen, er sei während der Fahrt nach Kristiansand betrunken gewesen. Dieses Manöver wurde mit dem Erfolg durchgeführt, daß Finsrud trotz des Nachweises, daß er auf der ganzen Fahrt von Oslo nach Kristiansand lediglich eine Flasche Landsöl getrunken hat, aus seiner Stellung bei der Fachlichen Landesorganisation und dazu aus der Marinehird entfernt

werden sollte. An dieser Stelle wird in dem hier vorliegenden Bericht darauf hingewiesen, daß unter den Vätern der geflichteten Arbeitspflichtigen Freimaurer seien, während der Vorgesetzte Finsruds in der Fachlichen Landesorganisation, Bervik, (früherer Name: Smirnoff) ebenfalls Freimaurer war. Ferner wird darauf hingewiesen, daß Finsrud an den im März 1943 auf dem Schulschiff der Hirdmarine "Tordenskiold" stattgefundenen Antifreimaureremonstrationen (s. "Meldungen aus Norwegen Nr. 53") teilgenommen habe und schon damals der "freimaurerfreundlichen" Hirdmarineführung, in der auch Bervik sitzt, aufgefallen sei.

Nachdem inzwischen bekannt geworden war, daß die deutsche Sicherheitspolizei sich in die Behandlung des Falles "Finsrud" durch die Festnahme der vier entwichenen Arbeitspflichtigen eingemischt hatte, nahm Bervik und mit ihm die Hirdmarineführung eine Schwenkung vor, die besonders deutlich bei einem Appell der Hirdmarine in Oslo sichtbar wurde, bei der der Führer der Hirdmarine, Brun, dem Finsrud vor versammelter Mannschaft erklärte, man habe ihn Unrecht getan und ihn dazu aufforderte, das Gewesene zu vergessen. Finsrud erklärte jedoch daraufhin, daß er bei seinem Entschluß, in den Rikshird überzutreten, bleibe, da seine Formation in dem Augenblick, in dem er Hilfe nötig gehabt hätte, ihn verlassen und ihm sogar in den Rücken gefallen sei.

Die Behandlung der vier wegen Arbeitsflucht festgenommenen jungen Norweger ist weiterhin Gegenstand von Bemühungen führender NS-Kreise. So ging bei der hiesigen Dienststelle ein Schreiben von "Föreren og Ministerpresidentens kanselli" unterschrieben von Expeditionschef Konsul Stören ein, in dem es u.a. heißt: "Leider sind einige Mißverständnisse entstanden inbezug auf das Verhalten des Transportführers (Finsrud), inden behauptet worden ist, daß er unter Einwirkung von Alkohol war. Später hat es sich aber herausgestellt, daß Herr Finsrud an einer Augenkrankheit leidet, die leicht den Eindruck geben kann, als sei er betrunken, ohne daß dies der Fall ist."

In Kristiansand hat sich der neue Fylkesfører A n d e r s e n über seine Pläne in der Parteiarbeit geäußert.

In einem Interview, das Andersen den Redakteur des "Fædrelandsvennen" gewährte, erklärte er, daß er seinen Fylke als einen der wichtigsten ansehe. Kristiansand gehe einer großen wirtschaftlichen Zukunft entgegen und werde nach dem Kriege "das Tor zum Reich" sein. Man dürfe nicht warten, bis die Zukunft an die Bevölkerung herantrate, sondern müsse die ganze Arbeit schon jetzt darauf einstellen.

In den Bericht aus Kristiansand heißt es, daß es sich in der NS herungesprochen habe, daß Andersen ausgesprochener Anhänger des großgermanischen Gedankens sei. Es werde als angenehm empfunden, daß er bisher keine besonderen Verbindungen zu deutschen Stellen aufgenommen habe.

In Fredrikstad hielt der neue Fylkesfører Dr. H ä r e i d anlässlich seiner Einführung nach der Ansprache des Ministers F u g l e s a n g eine Rede, in der er - wie es in einer Meldung aus Fredrikstad heißt - als Antwort auf diese und als politische Richtungsanzeige den Namen Adolf Hitler und die Verdienste des Nationalsozialismus mehrere Male erwähnte.

Kurze Zeit nach dieser Veranstaltung sei in NS-Kreisen davon gesprochen worden, daß Minister Fuglesang Häreid "schwer zur Ordnung gerufen" habe, daß er zu "unnorwegisch" gesprochen habe. Auch in den letzten Tagen sei wiederholt von der Rüge durch den Minister Fuglesang gesprochen worden. Diese Gerüchte hätten bereits ihre Auswirkungen darin, daß ein Teil der NS-Angehörigen ihres Vertrauens, das sie dem neuen Mann entgegenzubringen bereit waren, wieder beraubt seien, weil man sich nicht einen Manne zur Verfügung stellen könne, der vielleicht deutsche Interessen vertrete.

Eine Änderung in der Haltung des einzelnen NS-Mitgliedes den Gegner gegenüber forderte Häreid in den ersten Besprechungen mit NS-Funktionären. Häreid verlangte, daß die NS-Mitglieder sich bemühten, den alten Kontakt mit früheren Freunden und Bekannten wieder zu bekommen. Dem Bericht aus Fredrikstad zufolge, hat dieses Ansinnen des Fylkesführers bei vielen NS-Mitgliedern Empörung hervorgerufen. Seitens dieser Mitglieder werde es abgelehnt, den Gegner nachzulaufen, da er es war, der

von sich aus jeden Verkehr abgebrochen und den Terror aufrichtete, der den NS-Mitgliedern das Leben fast unerträglich machte.

Man sei bereit, die Ämter niederzulegen, wenn der Fylkesfører auf seiner Forderung bestehe. In NS-Kreisen sei in Zusammenhang damit die Lage vor 1940 erörtert und darauf hingewiesen worden, daß die Arbeiterpartei alle Norweger durch ein brutales System der politischen und persönlichen Aushungerung zwang, sich der Arbeiterpartei anzuschließen. In ähnlichem Sinne müßte auch heute vorgegangen werden.

Aus Tromsø wird berichtet, daß der dortige Fylkesfører H o f f und örtliche Parteiführer in Vorträgen eindringlich auf die Notwendigkeit einer unbedingten Kameradschaft innerhalb der NS und besonders auch dem deutschen Volke gegenüber hinweisen.

Anlässlich eines Kameradschaftsabends in Soldatenheim erklärte Hoff, daß er erwarte, daß die an sich heute schon gute Kameradschaft zwischen Hird und den Deutschen weitere Kreise erfassen werde.

In H i r d hat sich der Einsatz von Hirdännern anlässlich des Unternehmens "Nordlicht" günstig ausgewirkt. Die Beteiligung des Hird und besonders der Umstand, daß die teilnehmenden Hirdänner Waffen führen durften, wird als Zeichen des deutschen Vertrauens gut aufgenommen. Die Führung der miteingesetzten Hirdänner und das Verhältnis zu den beteiligten Kräften der Wehrmacht und Polizei war sehr gut.

Die Durchführung der neuerdings an den Hird ergangenen Anordnung Quislings über die Hirdpflicht stößt, wie einer Meldung aus Bergen zu entnehmen ist, verschiedentlich auf Widerstand seitens der betroffenen NS-Angehörigen.

Der Vizebürgermeister von Bergen, D o e s v i g, weigerte sich, dem Befehl nachzukommen und begründete seine Weigerung dem Fylkesfører Astrup gegenüber damit, daß er seine kommunalen Arbeiten wegen des Hirddienstes nicht zurückstellen könne. Als einfacher NS-Mann sei er besser befähigt, auf Jössingerkreise positiv einzuwirken als in Uniform. Astrup hat sich daraufhin mit einer Suspendierung Dösvigs vom Hirddienst einverstanden

erklärt. Kurze Zeit darauf wurde Dösvig in Auftrage des Hirdführers Krohn in Auto aus seiner Wohnung geholt und von diesen in Gegenwart von 50 Hirdmännern in scharfer Weise dahingehend zurechtgewiesen, daß der Dienst in Hird den anderen Arbeiten vorgehe. In ähnlicher Weise wurde mit anderen NS-Mitgliedern, u.a. einen Lagführer, einen Großkaufmann und Schiffsreeeder, verfahren; die daraufhin ihren Austritt aus der NS erklärten.

In Bergener Partcikreisen haben diese Austritte bedeutendes Aufsehen erregt.

In Zusammenhang mit diesen Vorgängen wird der Fylkesfører Astrup in Bergener NS-Kreisen neuerdings scharf kritisiert und zum Ausdruck gebracht, "daß es nun höchste Zeit sei, Astrup aus Bergen abzulösen, da er nicht in der Lage sei, die wertvollen NS-Mitglieder zusammenzuhalten und sich für die Parteiarbeit erfolgreich einzusetzen.

In der Förergarde ist nach einem hier erfaßten Bericht die Ersatzfrage zu einem schwierigen Problem geworden. Die Förergarde hat z.Zt. nur die Hälfte der für ihre Wachaufgaben notwendigen Stärke. Freiwilligenmeldungen sind in der letzten Zeit nicht mehr erfolgt. Unter den z.Zt. in der Förergarde stehenden Freiwilligen befindet sich ein großer Prozentsatz Bauernsöhne, die jetzt auf ihre Höfe zurück sollen.

Nach einem Befehl Quislings soll sich die Förergarde nunmehr aus Hirdmännern rekrutieren, die aus den Städten eingezogen werden sollen. Von 60 Einberufenen aus Oslo trafen jedoch nur 10 ein.

Aufgrund der Einberufungen wurden verschiedene Lagführer vorstellig und erklärten, Einberufungen nicht mehr weitergeben zu können, ohne Austritte aus der Partei zu riskieren. Die sich weigernden Hirdmänner sollen nun mit der Einberufung zum Arbeitseinsatz gemäßregelt werden.

Germanske-SS und Waffen-SS.

Die bereits in den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 55 vom 4. Mai 1943 erwähnte ablehnende Haltung weiter NS-Kreise gegenüber der Germanske-SS und ganz allgemein der SS hat in der Berichtszeit weiter angehalten. Besonders deutlich traten die Bemühungen, die Germanske-SS als "deutsche Organisation" verdächtig zu machen, im Zusammenhang mit der Rückkehr von 330 Frontkämpfern der ehemaligen norwegischen Legion und der Waffen-SS in Erscheinung. Die Frontkämpfer, die zum großen Teil die Absicht hatten, in die Germanske-SS einzutreten, wurden im Sinne der zurzeit innerhalb der Partei vorherrschenden Ablehnung der deutschen Politik in Norwegen beeinflusst, so daß bereits kurz nach der Ankunft in Oslo unter den Frontkämpfern eine fühlbare deutschfeindliche Stimmung feststellbar war.

Bezeichnend für diese Entwicklung ist die Tatsache, daß Ministerpräsident Quisling sich zu einem Aufruf an die Frontkämpfer veranlassen ließ, in dem er diese ausschließlich zum Eintritt in den Hird aufforderte. Aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß aus der Rede Quislings, die er gelegentlich der Verabschiedung der an die Front abgehenden Kompanie der Germanske-SS hielt, in der offiziellen Presse-Wiedergabe der Satz gestrichen war: "Die Germanische SS Norwegen ist die Garantie für eine germanische Zusammenarbeit".

Im Zusammenhang hiermit ist die geringe Tätigkeit der Partei für die Werbung für das Panzergrenadierregiment Norge zu sehen. Lediglich die Minister Lie und Riisnaas traten in letzter Zeit mit Werbevorträgen für den Fronteinsatz in Erscheinung. Darüber hinaus wirkte nur die NS-Frauenschaft unter Frau Olga Bjoner positiv mit. Minister Fuglesang, Hirdchef Möystad und der frühere Führer der Norwegischen Legion, Sturmbannführer Qvist, beteiligten sich nicht an der Werbung. Trotzdem wurden im Monat April 1940 Freiwilligenmeldungen zum Panzergrenadierregiment Norge gezählt. Dabei sind nicht die Meldungen für die Schi-Kompanie mitgerechnet, die an der Finnlandfront steht, und die sich zum großen Teil aus Nicht-NS-Mitgliedern zusammensetzt.

Die negative Haltung der Partei zur Fronteinsatz-Werbung wird zuweilen damit begründet, daß das Panzergrenadierregiment Norge unter deutschem Befehl stehen solle und daß als Kommandosprache in dieser Einheit Deutsch vorgesehen sei.

Gegen die Germanske-SS wird in Hirdkreisen vielfach geltend gemacht, daß diese in materieller Hinsicht gegenüber dem Hird bevorzugt werde. Während der Hirdmann für die Beschaffung seiner Uniform Punkte seiner eigenen Kleiderkarte hergeben müsse, erhalte der Germanske-SS-Mann kostenlos und ohne Punktverlust eine Uniform zugeteilt. Bei den Schulungskursen auf der SS-Schule in Kongsvinger sei der Germanske-SS-Mann rein ernährungsmässig weit besser gestellt, als der Hirdmann bei entsprechenden Hirdkursen.

Ganz besondere Erregung hat in letzter Zeit ein Schreiben des Germanske-SS-Sturmführers in Drammen, Ratherr Sandborg, ausgelöst. In diesem Schreiben wendet sich Sandborg an sämtliche ehemaligen Frontkämpfer^{die} zum Hird oder zur Germanske SS gehören. Bei der Kritik an dem Vorgehen Sandborgs wird besonders der Satz aus seinem Schreiben hervorgehoben, in dem es heißt: "Dieser Befehl geht einem jeden anderen Befehl, z.B. einem Hirdbefehl, vor."

Der gesamte Brief Sandborgs lautet in Übersetzung wie nachstehend:

"Nach Auftrag der betreffenden Behörde übersende ich beigelegt eine Erklärung zur Unterschrift und umgehenden Rücksendung nach hier. Gleichlautende sind allen Frontkämpfern und Mitgliedern der SS in Biskerud zugestellt worden.

Folgendes ist zu beachten:

- 1.) Absolutes Schweigen muß bewahrt werden, auch gegenüber seinen Nächsten.
- 2.) Eine Abwesenheit von der Wohnung darf nicht stattfinden, ohne daß die Familie die neue Adresse kennt, damit ein Telegramm umgehend nachgesandt werden kann.
- 3.) Als Sammelpunkt ist Drammens Polizeikammer bestimmt.
- 4.) Außer Essen sind Schlafsack und einmal Unterzeug mitzubringen.

- 5.) Dieser Befehl geht einem jeden anderen Befehl, z.B. einem Hirdbefehl, voran.

Aus Gründen der Vorsicht ist die Erklärung im versiegelten Umschlag an die Adresse:
Ratsherr P.Th. Sandborg, Rathaus Drammen, zurückzusenden.

Erklärung.

Ich,, geb.am, wohnhaft in bin darüber unterrichtet, daß ich für den Fall, daß alliierte Streitkräfte Norwegen bedrohen, mich in den Dienst der Heimwehr zu stellen habe.

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Aufforderung mir telegrafisch gesandt wird und daß ich mich nach Empfang des Befehls sofort an den Treffpunkt zu begeben habe.

Das Erscheinen geschieht in Uniform. Proviant für 2 Tage wird mitgenommen.

Unterschrift."

Die zahlenmässige Entwicklung der Germanske SS ist trotz der Stagnierungserscheinungen in der Partei weiterhin ansteigend. Im April 1943 wurde ein Zugang von 37 aktiven SS-Männern und ein Zugang von 82 fördernden Mitgliedern gezählt, so daß die Gesamtstärke der Germanske SS zurzeit 827 und die der fördernden Mitglieder 1418 beträgt. Als Werbemittel wurde u.a. auch die Einrichtung einer SS-Reitschule benutzt, für die z.Zt. 30 Meldungen aus norwegischen Bauernfamilien vorliegen.

B - G e g n e r .

a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

Der 17. Mai, der norwegische Nationalfeiertag, ist vollkommen ruhig verlaufen. Da am 16. und 17. Mai die Nasjonal Samling öffentliche Kundgebungen aus Anlaß ihres 10-jährigen Bestehens veranstaltete, gab der Gegner die Parole aus, insbesondere am 17. Mai den Straßen fernzubleiben und so schnell wie möglich nach dem Dienst die Wohnung aufzusuchen. Diese Aufforderung wurde in kleinen hektografierten Handzetteln auf Spazierwegen am Stadtrand von Oslo gefunden. Sie wurde im großen und ganzen von der Bevölkerung befolgt. Das Straßenbild war am Abend des 17. Mai in allen grösseren Städten Norwegens, mit Ausnahme von Bergen, auffallend wenig belebt.

Es wurde gemeldet, daß viele Jössinger am Abend des 17. Mai in internen häuslichen Feiern, bei denen Königslieder gesungen wurden, ihrer Gesinnung Ausdruck gegeben haben.

Eine erhöhte Aufmerksamkeit mußte in der letzten Zeit der sich ständig steigernden Landesflucht von Norwegern nach Schweden zugewendet werden. Insbesondere mit der Verkündung des nationalen Arbeitseinsatzes war ein weiteres Anschwellen der Landesfluchtfälle festzustellen. Ein großer Teil der in der letzten Zeit an der Grenze erfaßten Landesflüchtigen gab als Grund für die Flucht an, daß sie befürchteten, eine ihnen unangenehme Arbeit zugewiesen zu bekommen. Daneben gibt es immer noch jugendliche Elemente, die aus einer gewissen Abenteuerlust außer Landes gehen. Andere versprechen sich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Schweden.

Ein verhältnismässig großer Prozentsatz der Landesflüchtigen ist jedoch ausgesprochen deutschfeindlich und geflohen, um den Feindmächten in irgendeiner Form zu helfen. Viele von ihnen gehen aus eigenem Antrieb über die Grenze. Gelegentlich wurde jedoch auch festgestellt, daß Norweger, die sich bereits in England oder Schweden aufhalten, ihren Landsleuten Nachrichten zugehen lassen, in denen diese ebenfalls zur Flucht aufgefordert werden. Auf diese Weise werden in der Hauptsache frühere

norwegische Offiziere und in England gesuchte Fachleute nachgezogen. In gewissen Abständen wird auch in englischen Rundfunk zum Eintritt in Fachkurse für Steuerleute, Funker usw. aufgefordert. Diese Termine werden so rechtzeitig bekannt gegeben, daß selbst bei Berücksichtigung eines schwierigen Fluchtweges die interessierten Norweger bei Beginn des Kurses in England eintreffen können. Nicht unerwähnt bleiben soll die nicht geringe Anzahl von Norwegern, die aus Furcht vor sicherheitspolizeilichen Maßnahmen das Land verlassen.

Die Zahl der Norweger, die sich z.Zt. in Schweden befinden, wird von schwedischer Seite auf ungefähr 14 - 16000 geschätzt. Diese norwegischen Emigranten haben zu ihrem Teil ebenfalls zu einer Verschlechterung der Einstellung der schwedischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland beigetragen. Sie werden von den britischen und norwegischen Legationen in Stockholm ganz bewußt in den Dienst ihrer deutschfeindlichen Propaganda eingespannt. Unter Ausnutzung der schwedischen Volksmentalität, die zu einer karitativen Tätigkeit neigt, ist in letzter Zeit in Schweden neben der eigentlichen Norwegenhilfe eine starke Werbung zur Unterstützung der norwegischen Emigranten betrieben worden, die ganz bewußt zugleich zu einer systematischen Hetze gegen Deutschland ausgewertet wurde.

Die norwegischen Emigranten stellen darüber hinaus ein Menschenreservoir für die Feindmächte dar, das sie in verschiedenster Weise für ihren Kampf gegen Deutschland einsetzen können. So wurden aus den Reihen der norwegischen Emigranten die Besatzungen der Schiffe ausgewählt, die seinerzeit von Göteborg nach England durchbrechen sollten. Mit den Kuriernmaschinen werden laufend ausgesuchte Norweger nach England gebracht, wo sie in Heer oder Marine eingestellt oder aber für Spionage, Sabotage und den Aufbau von Militärorganisationen geschult werden. Bei den Vernehmungen solcher festgenommenen Saboteure wurde in letzter Zeit gelegentlich festgestellt, daß diese erst vor kurzen aus Norwegen geflohen und dann in Schweden in die Hände englischer Agenten geraten waren.

Diese sich aus der Anwesenheit der norwegischen Emigranten in

Schweden ergebenden Gefahren machten es notwendig, die Maßnahmen zur Verhinderung der Landesflucht weiter zu verschärfen. Die Überprüfung der von den norwegischen Polizeimeistern und Lensmännern durchzuführenden Maßnahmen ergab, daß nur in wenigen Fällen tatsächlich die Anweisung befolgt wurde, bei Landesflucht Angehörige des Flüchtigen als Geiseln festzunehmen. Nur wenn sie durch die deutschen Behörden besonders aufgefordert wurden, schritten die Polizeimeister und Lensmänner zu den angeordneten Maßnahmen. Die Lensmänner und Polizeimeister wurden deshalb in der letzten Zeit persönlich für die Durchführung der für Landesflucht erlassenen Bestimmungen verantwortlich gemacht. Aber auch diesen Anordnungen versuchten sie dadurch auszuweichen, daß sie in zahlreichen Fällen Gründe vorbrachten, die es rechtfertigen sollten, daß von einer Festnahme Abstand genommen werden könnte. Außerdem wurde festgestellt, daß durch das unständliche Verhalten der Lensmänner und Polizeimeister die festzunehmenden Personen größtenteils vorher gewarnt wurden und so Gelegenheit hatten, sich selbst rechtzeitig der Festnahme durch Flucht zu entziehen. Als nunmehr die Lensmänner und Polizeimeister zu einer strengeren Durchführung der Bestimmungen für Landesflucht angehalten wurden, und noch dazu in einer ohne Rückfrage bei der deutschen Sicherheitspolizei erlassenen Anordnung der norwegischen Polizeibehörde bestimmt wurde, daß die Geiselfestnahmen rückwirkend für alle Fluchtfälle durchgeführt werden sollten, die nach dem 1. April d.Js. erfolgt waren, hatte dies zur Folge, daß in den Grenzgebieten hunderte von Angehörigen bereits geflohener Personen ebenfalls die Flucht ergriffen, weil sie damit rechnen mußten, daß sie festgenommen werden sollten. Dieses Anwachsen der Fluchtfälle führte wiederum dazu, daß sich zahlreiche Parteidienststellen an die deutsche Sicherheitspolizei und die norwegische Regierung wendeten, von den Festnahmen bei Landesflucht überhaupt abzu- sehen. Diesen Wünschen konnte jedoch nicht entsprochen werden, da festgestellt worden war, daß die Ursache für das neuerliche Anwachsen der Landesfluchtfälle nicht die für Landesflucht angeordneten Maßnahmen waren, sondern die lässige Durchführung dieser Maßnahmen zu diesen Fluchtfällen Anlaß gab.

Dagegen wurde das norwegische Polizeidepartement aufgefordert, in der Presse und auf andere Weise bekanntgeben zu lassen,

welche Folgen Landesflucht nach sich zieht. Darüber hinaus wurde bereits einen Tag nach dieser Presseveröffentlichung ein wegen Landesflucht ergangenes Todesurteil des SS- und Polizeigerichts Nord in der Presse mitgeteilt. Diese Maßnahmen hatten zur Folge, daß bereits jetzt eine Abnahme der Landesfluchtfälle festzustellen ist.

Neben diesen allgemeinen Maßnahmen wurde insbesondere gegen verschiedene Gegnergruppen vorgegangen, die sich ausschließlich mit der Organisierung der Landesflucht befaßten. Es gelang in verhältnismässig kurzer Zeit einige der wichtigsten dieser Gruppen aufzudecken und ihre Hintermänner festzunehmen. In allen Fällen sind z.Zt. noch weitere Ermittlungen in Gange. Bei allen Gruppen wurde übereinstimmend festgestellt, daß sie sich ausschließlich mit der Spezialaufgabe des "Transports" von Landesflüchtigen befaßten und ihre Tätigkeit für alle Personen ausübten, die angaben aus politischen Gründen Norwegen verlassen zu müssen, ganz gleich welcher politischen Richtung sie in einzelnen angehörten. Kennzeichnend dafür war insbesondere eine Gruppe, die von dem Abteilungschef einer Osloer Bank geleitet wurde. Diese "Transport"-Gruppe finanzierte sich durch illegale Geldsammlungen, die sie in Osloer kaufmännischen Betrieben, insbesondere Versicherungsfirnen, durchführte. Mit den auf diese Weise erworbenen Mitteln wurden in großzügiger Weise die Voraussetzungen dafür geschaffen, Landesflüchtige in kurzer Zeit nach Schweden zu verbringen.

Die Flüchtigen wurden gut mit Lebensmitteln versorgt, die notwendigen Ausweise, insbesondere Grenzzonenbescheinigungen, wurden von der Organisation selbst beschafft. Obwohl rein zahlenmässig die Hauptbeteiligten meist aus bürgerlichen Kreisen stammten, hatten es auch hier wieder die Kommunisten verstanden, sich diese Organisation nutzbar zu machen und sie für ihre Bedürfnisse auszunutzen. Diese Einflußnahme der Kommunisten wurde vor allem durch die Einschaltung eines illegalen Bezirksleiters der kommunistischen Partei in Oslo ermöglicht. Bisher sind von dieser Gruppe deren Leiter und seine engsten Mitarbeiter festgenommen worden. Der genannte Bezirksleiter der KPN lebt seit längerer Zeit verborgen und ist jetzt wahrscheinlich außer Landes gegangen.

Eine andere "Transport"-Gruppe wurde von einem äußerst zurückgezogen lebenden Theologiekandidaten in Oslo geführt. Dieser befaßte sich in den letzten Jahren ausschließlich mit der Verbringung von Flüchtlingen nach Schweden und nahm sich dabei insbesondere der Juden an. Die Landesflüchtigen, die sich an diese Gruppe gewendet hatten, fuhren mit einem Vorortzug von Oslo nach Lilleström und wurden dort von Beauftragten der Gruppe zu grösseren Transporten zusammengefaßt, die mit einem IKF bis in die Nähe der schwedischen Grenze gebracht wurden. Dort hatten Helfer der Organisation die Aufgabe, die Übergangsstellen zu überprüfen. Diese Helfer verfügten über gute Beziehungen zu norwegischen Grenzüberwachungsorganen, so daß Warnungen gegeben werden konnten, wenn in dem betreffenden Gebiet eine besonders scharfe Grenzüberwachung festgestellt wurde. In solchen Fällen wurden die Flüchtlinge nach Oslo oder Lilleström zurückgeschickt, wo sie in vorbereiteten Quartieren den Zeitpunkt des Abgangs eines ungefährdeten Transports abwarten konnten. Der Theologiekandidat, der diese Organisation außerordentlich geschickt angesetzt hatte, konnte in den Augenblick festgenommen werden, als er sich auf dem Ostbahnhof in Oslo von Flüchtlingen verabschiedete. Mit ihm wurden verschiedene Helfershelfer und Landesflüchtige erfaßt. Außerdem wurden Anlauf- und Übernachtungsstellen dieser Gruppe ausgehoben.

Eine dritte "Transport"-Gruppe verlegte ihre Tätigkeit in das Gebiet von Fredrikstad. Sie konnte deshalb besonders gut arbeiten, weil sie von einem Lensmann und dessen als Gehilfen bei ihm beschäftigten Sohn weitgehendst durch Zurverfügungstellung von Grenzzonenausweisen unterstützt wurde. Diese Gruppe hatte, als sie aufgedeckt wurde, 21 Personen die Flucht über die schwedische Grenze ermöglicht.

Eine Gegnergruppe, die sich mit der Landesflucht an der Westküste befaßte, konnte am 7. Mai in Bergen ausgehoben werden. Sie wurde von einem Lehrer geführt. Die Aushebung erfolgte, als diese Gruppe sich zu einer Besprechung über ihre zukünftigen Pläne zusammengefunden hatte. 5 Angehörige der Gruppe hatten Anfang des Monats einen norwegischen Fischkutter, auf dem sie entgegenkommenderweise von der Besatzung als Fahrgäste mitgenommen worden waren, nach Bedrohung der Besatzung mit der Waffe entführt.

Der Kutter konnte wieder aufgefunden werden und 4 der Entführer wurden festgenommen.

Als Gegenmaßnahme gegen die Landesflucht wird nunmehr auch die Rückkehr von Landesflüchtigen aus Schweden nach Norwegen propagiert. Die Rückkehrer werden nicht mehr in das Lager Grini, sondern in eine Durchgangsstation gebracht, in der sie zwar eingehend überprüft werden, wo ihnen aber zugleich die Möglichkeit gegeben wird, sich so schnell wie möglich wieder in Norwegen nutzbringend zu betätigen. Es werden ihnen dort neue Ausweispapiere und Reiseerlaubnisse ausgestellt und Arbeitsmöglichkeiten zugewiesen. In dieser Durchgangsstation sollen sich die Rückkehrer nicht länger als 1 Woche aufhalten. Bei der Entlassung aus der Station werden die Maßnahmen aufgehoben, die bei der Landesflucht angeordnet wurden. Insbesondere werden die Vermögensbeschlagnahmen rückgängig gemacht und die festgenommenen Geiseln aus der Haft entlassen. Die entlassenen Schwedenrückkehrer werden später laufend überwacht.

Um zu gewährleisten, daß die den norwegischen Hafenstädten vorgelagerten Inseln und Halbinseln den Gegnern nicht als sicheres Operationsgebiet dienen können, wurde am 30.4. zunächst das Hafengebiet von Drontheim, am 16.5. die dem Osloer Hafen vorgelagerten Inseln und Halbinseln in gemeinsamen Unternehmen der Sicherheitspolizei, Ordnungspolizei und Wehrmacht durchsucht. Es wurden in beiden Unternehmen verschiedene Personen wegen unbefugten Rundfunkbesitzes und ungenügender Ausweispapiere festgenommen. Bei dem Unternehmen in Oslofjord wurden neben 13 Rundfunkgeräten mehrere Gewehre, Pistolen und einige Hansterlager festgestellt. Außerdem wurden 2 Personen wegen Herstellung illegaler Flugblätter und Abhörens feindlicher Sender in Haft genommen.

In Askin (Östfold) wurden in der Berichtszeit die letzten Mitglieder der dort seit einiger Zeit aufgedeckten Militär- und Flugblattorganisation festgenommen. Die Ermittlungen gegen diese Organisation geben ein anschauliches Bild über die Tätigkeit der Gegner in den Provinzstädten. Es ist erwiesen, daß der Anstoß zur Gründung dieser Widerstandsgruppe von Oslo ausging.

Als Organisator wurde ein Lehrer aus Askim gefunden, der durch eine äußerste rege Tätigkeit in verhältnismässig kurzer Zeit 2 militärische Kampfgruppen, eine Sanitätsgruppe und eine Flugblattorganisation aufstellte. Seine Arbeit wurde dadurch erleichtert, daß leitende Persönlichkeiten der Askim-Gummi-Werke es duldeten, daß ein großer Teil ihrer Gefolgschaft in die illegale Tätigkeit einbezogen wurde, ja, sie beteiligten sich sogar teilweise selbst an der Widerstandsarbeit. Bei Aushebung der Organisation waren die Angehörigen der Militärgruppen bereits in Kartenlesen, Kompaßgebrauch, Patrouillenskillauf, Waffengebrauch und taktischen Verhalten im Gelände ausgebildet. Für diese Ausbildung standen ihnen auch Waffen zur Verfügung. Es wurden 9 norwegische Militärgewehre, eine Coltpistole und Gewehr- und Pistolennunition sichergestellt. Die weitere Beschaffung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen war geplant. Diese Schulung wurde auf Skihütten durchgeführt. Einige der festgenommenen Angehörigen dieser Gruppen faßten diese Schulung zunächst nur als einen "Sonntagssport" auf und wurden in den Rahmen der Organisation eingespannt, ohne daß sie sich selbst über die Auswirkung ihrer Teilnahme an diesen Schulungskursen vollkommener klar waren. Die meisten wußten jedoch sehr genau, worum es ging, und waren sich der Gefährlichkeit ihrer Betätigung völlig bewußt, zumal sie bereits einer vor einiger Zeit aufgerollten Widerstandsorganisation "Kongenshird" angehört hatten.

b) Kommunismus, Sabotage.

In der gleichen Weise wie am 28.4. die Anschläge in Osloer Hafen und am 3. Mai der Anschlag gegen ein Schiff in Kopervik durchgeführt wurden, wurde am 19.5. in Moss ein Sprengstoffanschlag gegen den 1340 BRT großen norwegischen Kohlendampfer "Samrev" verübt. Das Schiff, das deutsche Kohlen nach Norwegen gebracht hatte und an Kai in Moss vertäut lag, wurde durch die Explosion der an der Backbordaußenwand angebrachten Magnetsprengkörper so schwer beschädigt, daß das Heck auf Grund sank. Ein norwegischer Maschinist, den das einbrechende Wasser in Heizraum überraschte, kam ums Leben. Inzwischen ist bereits festgestellt worden, daß

der Anschlag vom 3. Mai in Hafen von Kopervik von einem englischen Sabotagetrupp ausgeführt wurde. Die weiteren Ermittlungen sind in Gange.

Als vorbeugende Maßnahme gegen Sabotageanschläge auf Schiffe wurden in der letzten Zeit gemeinsame Großfahndungsunternehmen der Sicherheitspolizei, Ordnungspolizei und Wehrmacht in den Hafengebieten von Drontheim, Stavanger und Oslo durchgeführt. Es wurden dabei jeweils auch die den Häfen vorgelagerten Inseln und Halbinseln eingehend durchsucht. Bei allen Unternehmen wurden Rundfunkgeräte und Jagdgewehre vorgefunden. In den Meldungen über die Durchführung der 3 Unternehmen wird auch übereinstimmend berichtet, daß eine ganze Reihe von Norwegern sich nicht oder nur unzureichend ausweisen konnte. Die Betreffenden wurden festgenommen und überprüft. Bei den Unternehmen im Osloer Hafengebiet wurden auch 2 Personen wegen illegaler Feindpropaganda festgenommen.

In der Nacht vom 29. zum 30.4. wurde in Drammen eine Fernsprechleitung der Wehrmacht an 3 Stellen von unbekanntem Tätern durchschnitten. Dieser Vorfall gab Anlaß, in Zusammenhang mit der bekannten besonders deutschfeindlichen Einstellung der Drammener Bevölkerung, die in der letzten Zeit wieder durch einen aus nichtigen Gründen inszenierten Kinostreik zum Ausdruck kam, mit entsprechenden Gegenmaßnahmen vorzugehen. Der Reichskommissar fuhr selbst nach Drammen und ordnete dort folgende Maßnahmen an:

1. Verbot der Ausgabe von Tabak und Spirituosen,
2. die Schließung der 4 in Drammen vorhandenen Lichtspieltheater,
3. Verbot von Veranstaltungen unterhaltenden Charakters.

Außerdem wurden bei zahlreichen als Jössinger bekannten Einwohnern von Drammen Haussuchungen nach Hamsterwaren mit zum Teil beachtlichen Erfolg durchgeführt. Zur Verhütung weiterer Sabotageakte wird nunmehr auf Anordnung der Sicherheitspolizei für die Fernsprechleitungen der Wehrmacht in Drammen eine Bürgerwache gestellt.

c) Kirche.

Schon unmittelbar nach der Einführung des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz waren in kirchlichen Kreisen Versuche zu bemerken, die Bevölkerung gegen den Arbeitseinsatz einzunehmen und diesen dadurch zu sabotieren. Es wurden Gerüchte verbreitet, dass die einberufenen Norweger nach Deutschland geschickt würden, dass ihre Behandlung menschenunwürdig sei, und dass die jungen Norweger nicht zur Arbeit, sondern zu deutschem Militärdienst herangezogen würden usw.

Einen neuen Versuch der Sabotage am Arbeitseinsatz machten die Leiter der "Vorläufigen Kirchenleitung", Professor Ole Hallsby und der Laienprediger und Generalsekretär des Chinamissionsverbandes, Ludvig Hope, die am 8.5.1943 ein Schreiben an Ministerpräsident Quisling richteten, in dem sie dagegen Stellung nehmen, dass "viele unserer Männer für einen Dienst eingezogen werden, der in Wirklichkeit ein deutscher militärischer Einsatz ist, unter deutschem Kommando, in deutschen Uniformen, teilweise unter deutscher Militärgerichtsbarkeit und mit deutscher Waffenübung." Ein derartiger Dienst - z.B. in der Organisation Todt - sei mit den Bestimmungen der Haager-Konvention nicht vereinbar, wirke kränkend auf das Nationalgefühl und versetze die davon Betroffenen in schwerste Gewissenskonflikte. Dieser Gewissensnot gegenüber könne die Kirche nicht schweigen, denn "sie würde dann ihre Pflicht sowohl gegenüber ihrem Herrn, als auch gegenüber denjenigen Gemeinden und Einzelpersonen versäumen, denen sie dienen und die sie schützen soll". Die Kirche sei von Gott als Hüterin des Gewissens berufen worden, und aus dieser Berufung heraus bitte die Leitung der Kirche den Ministerpräsidenten, "von der Ausschreibung norwegischer Bürger zu einem Dienst, der gegen ihr Gewissen und ihr Rechtsgefühl streitet, Abstand zu nehmen."

Bereits bei früheren Schreiben und sonstigen Massnahmen

der "Vorläufigen Kirchenleitung" konnte festgestellt werden, dass diese umgehend von der feindlichen Propaganda ausgewertet wurden. Hallesby und Hope war bekannt, dass in mehreren Fällen, in denen ihre Schreiben an die Pfarrer der Opposition geschickt worden waren, diese unmittelbar darauf im Ausland bekanntgegeben wurden. Trotzdem schickten sie ihren Geistlichen je eine Abschrift des Schreibens an den Ministerpräsidenten zu, was zur Folge hatte, dass sowohl die schwedische Presse und der schwedische Rundfunk, als auch der englische Nachrichtendienst das Schreiben fast wörtlich brachten.

Da das Schreiben als ein Sabotageversuch am nationalen Arbeitseinsatz anzusehen war und als eine politische Stellungnahme zu den Massnahmen des Reichskommissars, der bei der Verkündung des Gesetzes ausdrücklich betont hatte, dass das Deutsche Reich und er selbst mit aller Autorität hinter der Durchführung des Gesetzes ständen, wurden Professor Hallesby und Ludvig Hope am 13.5.1943 auf Weisung des Reichskommissars festgenommen.

Die Tatsache der Festnahme wurde am Sonntag, den 16.5. in den Kirchen öffentlich bekanntgegeben, wobei die beiden Inhaftierten der Fürbitte der Gemeinden empfohlen wurden. Die Festnahme sprach sich sehr schnell herum und löste vor allem in kirchlichen Kreisen eine Erregung aus, die mit derjenigen verglichen werden kann, die seinerzeit bei den Massnahmen gegen Berggrav und die übrigen Bischöfe festgestellt wurde. Hallesby und Hope, so wird in der Bevölkerung geltend gemacht, seien die angesehensten Häupter und Führer der Laienchristen, die sich höchster Autorität und eines ausserordentlichen Vertrauens im gesamten Kirchengemeinde erfreuten. Die Tatsache, dass die Festnahme von deutscher Seite erfolgt ist, wird viel besprochen, wobei zum Ausdruck gebracht wird, dass die Angriffe in dem fraglichen Schreiben ja ausschliesslich gegen Quisling gerichtet gewesen seien. Es sei beachtlich, dass jetzt von deutscher Seite eingegriffen worden sei, da ja gerade hier immer weit mehr Verständnis zu finden gewesen sei als bei der norwegischen Regierung. Man habe auf deutscher Seite immer die Tendenz gespürt, den Kirchenkampf zu vermeiden, oder doch, nachdem er nun mal ausgebrochen sei, ihn zu beruhigen.

Wer an Stelle von Hallesby und Hope die Führung der "Vorläufigen Kirchenleitung" übernehmen wird, ist noch nicht bekannt.

c) Lebensgebiete .

b) Kulturelles Leben .

Hochschule und Wissenschaft

Nach vorliegendem Berichtsmaterial ist auf Veranlassung des norwegischen Landesstudentenführers, Fylkesfører und Expeditionschef Rolf H o l m , in interner Beratung mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister Lippestad eine Liste von rund 200 mißliebigen Studenten an der Universität Oslo aufgestellt worden. Es war in Verbindung mit dieser Liste, deren Existenz seitens der Vorgenannten streng geheim gehalten worden ist beabsichtigt, zunächst rund 70 der dort aufgeführten Studenten durch die zuständigen Arbeitskontore ihres Heimatortes zum Arbeitseinsatz einberufen lassen und zwar für Kriegsdauer. Weiter sollten in einer späteren Aktion die Betreffenden vom Studium an der Universität überhaupt ausgeschlossen werden.

Die fragliche Maßnahme ist bisher nur für rund 20, in Oslo wohnhafte Studenten, die entsprechende Schreiben seitens des hiesigen Arbeitskontors erhielten, eingeleitet worden. Als diese daraufhin gegen ihre Einberufung Einspruch erhoben, wurde ihnen seitens des erwähnten Kontors erklärt, daß ein Protest zwecklos sei, da es sich hier um eine politische Maßnahme handele. In Anbetracht der Tatsache, daß gerade seitens des Norsk Studentersamband bis in die allerletzte Zeit hinein immer wieder vor der Öffentlichkeit erklärt worden ist, daß man die evtl. von dritter Seite erfolgenden Einberufungen zum Arbeitseinsatz so regeln werde, daß sie den Studiengang möglichst wenig berührten, hat der vorliegende Sachverhalt an der Universität Oslo wiederum starke Beunruhigung ausgelöst. Die verschiedenen Fakultäten traten u.a. zu Sondersitzungen zusammen, um die entstandene Lage zu beraten. Das bereits bestehende ausgeprägte Mißtrauen gegen den Norsk Studentersamband ist erneut zu einer akuten Krise gekommen.

Außerdem ist zu den erörterten Maßnahme noch festzustellen, daß weder das Departement, noch der Universitätsrektor sowie die zuständigen deutschen Stellen über den fraglichen Vorgang in irgendeiner Form unterrichtet worden sind. Rektor Hoel, der in der letzten Zeit immer wieder Beschwerde darüber geführt hat, daß die

NS-Studentenschaft rücksichtslos in seine Arbeit eingreife, nahm diesen neuen Vorfall zum Anlaß, seinen evtl. Rücktritt zur Sprache zu bringen. An sich ist Hoel nach wie vor bereit, sein Rektoramt, zu dem er als Nachfolger von Prof. Seip erst ganz kürzlich berufen worden ist, auch weiterhin auszuüben. Genauso entschlossen dürfte er jedoch auch sein, zurückzutreten, wenn die Zusammenarbeit mit der NS-Studentenschaft weiterhin derart unerfreulich bleibt.

Von deutscher Seite ist zu der fraglichen Einberufungsaktion festgestellt worden, daß es als durchaus unzweckmässig angesehen werden müßte, den Nationalen Arbeitseinsatz in Norwegen durch Maßnahmen zu belasten, die den Charakter von politischen Strafmaßnahmen trügen. In einer neuerlichen Besprechung, die zwischen dem Studentenführer Holm und dem Ministerpräsidenten stattfand, ist jetzt beschlossen worden, alle evtl. Maßnahmen zur Einberufung von Studenten bis zum Semesterschluß, den 15. Juni 43 zunächst zurückzustellen.

Die seitens der NS-Studentenführung bestehenden Pläne zur Wiedererrichtung des Norsk Studentersamfund werden ungeachtet der deutschen Auffassung über die Zweckmässigkeit eines solchen Vorhabens weiter verfolgt. Der frühere Norsk Studentersamfund, der an sich die Gesamtheit aller Studierenden des Landes umfassen sollte, war nach dem letzten Weltkrieg mehr und mehr zu einer Art Hochschulgruppe der marxistischen "Norwegischen Arbeiterpartei" und verwandter politischer Richtungen herabgesunken. Aus Anlaß einer deutschfeindlichen Kundgebung wurde im Herbst 1940 seine endgültige Auflösung verfügt. Vonseiten der NS-Studentenführung besteht nun die Absicht, den Norsk Studentersamfund unter entsprechender Leitung wieder zu errichten, um ihn in den Dienst einer verstärkten wissenschaftlichen oder allgemein kulturellen Propaganda unter der norwegischen Intelligenz zu stellen, nicht zuletzt in Anbetracht der zu erwartenden Erfolglosigkeit eines solchen Unternehmens ist von deutscher Seite darauf hingewiesen worden, daß der gegenwärtige Zeitpunkt wenig geeignet erscheine. Durch die NS-Studentenführung ist jedoch in der Zwischenzeit die Zustimmung des Ministerpräsidenten zu diesem Plan erreicht worden.

Deutsch-Norwegische Gesellschaft.

Während die Arbeit der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft in den vergangenen Jahren mehr oder minder dem inneren Aufbau gewidmet war und nicht zuletzt aus diesem Grunde die sichtbaren Auswirkungen ihrer Tätigkeit sich in einem verhältnismässig engen Rahmen bewegten, kann in jüngerer Zeit in zunehmendem Maße festgestellt werden, daß sie für weitere Kreise Norwegens Bedeutung gewinnt. Im besonderen schliessen sich ihr seit dem letzten Herbst und Winter Personen an, die vor dem Kriege bereits zu Deutschland in einem positiven Verhältnis gestanden haben, sich nach der Besetzung des Landes jedoch in der neuen Situation nicht gleich zurecht fanden oder die glaubten, sich in politischen Dingen mehr zurückhalten zu müssen, eben weil sie von früher her mit einer deutschfreundlichen Haltung bereits stärker in Erscheinung getreten waren. Hinzu kommt weiter eine ganze Reihe von Personen, die durch den Kontakt sowohl mit den verschiedenen deutschen zivilen und militärischen Dienststellen, wie mit dem einzelnen Deutschen ihre bisherigen Auffassungen einer Revision unterzogen haben, bzw. solche, die bisher überhaupt wenig Berührung mit einer anderen Nation gehabt haben. Unter die Zahl der Letzteren ist wohl in erster Linie ein grösserer Teil der Bevölkerung in ländlichen Bezirken Norwegens zu rechnen, die sich - wie zum Beispiel die kürzliche Gründung verschiedener Untergruppen der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft im Österdal und in Telemark zeigt - gegenwärtig für die Bestrebungen der erwähnten Vereinigung interessieren. Es kann insgesamt daher der Schluß gezogen werden, daß die Arbeit der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft begonnen hat, ein Moment der Auflockerung im deutsch-norwegischen Verhältnis zu werden.

Auf der anderen Seite sind gleichzeitig jedoch auch die Schwierigkeiten, die der fraglichen Vereinigung bereitet werden keineswegs geringer geworden. Der Vorsitzende, Professor Klaus Hanser, wird von vielen Seiten der NS gemieden.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt versucht die Gesellschaft vorzugeben ein geeignetes Heim zu erhalten. Es werden Räume gebraucht, in

denen die Mitglieder, die durch die verschiedenen großen und kleinen Veranstaltungen der Vereinigung doch nur in eine lose Berührung miteinander kommen, sich entsprechend treffen und kennenlernen können, was u.a. für den Einzelnen, der sich tagtäglich in einer ausgesprochenen feindlichen Umgebung durchzusetzen hat, in vielen Fällen eine starke moralische Stütze sein könnte. In Vorschlag gebracht wurden für den fraglichen Zweck zunächst die Räume von "Det Norske Selskap", die der Ministerpräsident nur gelegentlich in Anspruch nimmt. Dies wurde aber abgelehnt. Der zweite Vorschlag erstreckte sich auf die Gesellschaftsräume des Continentalhotels, die zurzeit so gut wie nicht benutzt werden und sich für die beabsichtigte Verwendung gut eignen würden. Seitens des Innendepartements, bei dem nach der Landesflucht des früheren Eigentümers zurzeit die Verwaltung des Hotels liegt, ist dem Vorsitzenden der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft jedoch ein abschlägiger Bescheid erteilt worden. Nach den hier vorhandenen Unterlagen ist diese Entscheidung durch den Innenriksrat D a h l getroffen worden.

Theater

Die Tatsache, daß die von NS-Angehörigen geleiteten Theater (National-Theater und Norske Theater in Oslo und Trøndelag-Theater in Drontheim) von dem überwiegend gegnerisch eingestellten Publikum bisher konsequent boykottiert wurden, hat in theaterinteressierten NS-Kreisen den Plan entstehen lassen, den anderen Theatern NS-Kommissare beizugeben. Hierbei ist Rudolf R a s m u s s e n als Kommissar für das Central-Theater und das Nye Theater und Per S a n d b e r g für die drei Osloer Revuetheater (Chat noir, Edderkoppen, Karl-Johan-Theater) genannt worden. Rudolf Rasmussen ist der Leiter der bekamten gleichnamigen Konzertdirektion. Er ist alter Theaterfachmann und war früher selbst Theaterdirektor. Per Sandberg, Direktor bei Herolden, ist geschäftlicher Inhaber der Konzertdirektion A/S Jensen und war früher als Impresario für Musikveranstaltungen tätig. Mit der Einsetzung der NS-Kommissare rechnet man in den erwähnten NS-Kreisen mit einem Besucherboykott der betreffenden Theater, die daraufhin geschlossen werden würden. Dann würde das Norske Theater in das räumlich und bühnentechnisch modern ausgestattete Nye Teater einziehen, während nach Schließung der drei Revuetheater ein neues Varietétheater in dem bisherigen Chat noir-Kabarett unter Leitung von Per Sandberg eröffnet werden würde. Der Gedanke, ein Varietétheater in Oslo zu errichten, beruht auf der Überlegung, daß es bisher in Oslo ein derartiges Unternehmen noch nicht gibt, und auch auf der wohl richtigen Annahme, daß besonders beim deutschen Publikum - vor allem bei den Soldaten - ein stärkeres Interesse für Varieté-darbietungen besteht.

Bei den Gesprächen über diese Pläne sind die Meinungen geteilt, ob das gegnerische Publikum auf die Einsetzung der NS-Kommissare wirklich mit einem Boykott reagieren wird, solange die davon betroffenen Theater ihre politisch gegen

die

- 37 -

die NS eingestellten Direktoren als Theaterchefs beibehalten können. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß - da die erwähnten Theater überwiegend ein leichtes Unterhaltungsrepertoire bringen - das Osloer Publikum schwerer zu einem Boykott sich entschließen wird.

Der Boykott des National-Theaters ist offenbar seit der am 5.5.43 begonnenen Aufführung des Lustspiels "Petter, Petter" (deutscher Titel: "Ingeborg") von Kurt G ö t z gebrochen oder zumindest stark geschwächt. Die Kasseneinnahmen von zwei Sonnabendvorstellungen betragen rund 2 500.— bzw. 2 000.— Kronen, ein Ergebnis, das um ein Vielfaches über den bisherigen Durchschnittseinnahmen liegt und nur bei gut besuchten Vorstellungen vor Beginn des Boykotts vor zwei Jahren erreicht wurde. Auch die Durchschnittseinnahmen der übrigen Wochentage mit rund 700.— bis 900.— Kronen entsprechen ungefähr den vor Beginn des Boykotts als guter Durchschnitt zu bezeichnenden Einnahmen. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie lange sich diese überraschend hohe Besucherzahl hält.

Erhebliches Aufsehen hat es in Theaterkreisen erregt, daß das für das Nye Teater angesetzte Stück "Gullstolen" (Der Goldstuhl) von Arne S k o u e n nicht zur Aufführung kam, da - wie in der Presse bekannt gegeben werden mußte - "man nach der Generalprobe es künstlerisch nicht verantworten konnte, das Stück aufzuführen". Im Mittelpunkt des Stückes stand ein Boxkampf, bei dem zwei ungleiche Partner gegeneinander antreten mußten. Während der körperlich bei weitem überlegene Kämpfer gegenüber dem kleineren und schwächeren zwar laufend siegt, erscheint der körperlich unterlegene Partner schließlich als der moralische Sieger. Es lag die Befürchtung nahe, daß das gegnerische Publikum bei seinem bekannnten Bestreben, politische Vergleiche zu ziehen, die

beiden

- 38 -

beiden ungleichen Gegner als symbolische Figuren für Deutschland und Norwegen auffassen würde. Arne Skouen ist als politischer Gegner bekannt. Sein im vorigen Jahre aufgeführtes Stück "Barn av solen" (Kinder der Sonne) hatte schon seinerzeit zu erheblichen Pressediskussionen und Protesten der noch gesund empfindenden norwegischen Jugend geführt. In gegnerischen Theaterkreisen wird im vorliegenden Falle dem Theaterdirektorat der Vorwurf gemacht, daß man das Stück überhaupt zur Einstudierung zugelassen und damit dem Theater und den Schauspielern unnötige Arbeit verursacht habe.

R u n d f u n k .

Die von Minister F u g l e s a n g in Aussicht genommene Aufhebung der bisherigen kommissarischen Leitung des norwegischen Rundfunks (Skarphagen) und die Einsetzung eines ständigen Generaldirektors (Major Georg Fredrik von Krogh) ist von den drei Fachdirektoren Mehle (Programm), Bödtker (Verwaltung) und Gythfeld (Technik) mit großer Unruhe und innerem Widerstand aufgenommen worden. Besonders M e h l e , der sich in seiner Eigenschaft als "täglicher Leiter" des norwegischen Rundfunks und Stellvertreter Skarphagens als der eigentliche "Direktor" des norwegischen Rundfunks fühlt, ist von der geplanten Neuregelung unangenehm betroffen, da er für die Selbständigkeit seiner Position fürchtet. Soweit den Äußerungen Mehles Glauben geschenkt werden kann, beabsichtigt er, gegebenenfalls aus dem Rundfunk auszuschneiden, was seiner Meinung nach auch Direktor Bödtker tun würde. Ein inzwischen von den drei Fachdirektoren gemeinsam unternommener Vorstoß bei Minister Fuglesang, mit dem Ziel, die geplante Einsetzung eines Generaldirektors zu verhindern, ist ergebnislos geblieben.

Das Geltungsbedürfnis Mehles hat nicht nur im Personalbetrieb des norwegischen Rundfunks das Ausscheiden tüchtiger Kräfte verschuldet (zuletzt im Fall Klausen), sondern führt auch in der Programmgestaltung zu Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den zuständigen deutschen Stellen. Dies bezieht sich sowohl auf die Festlegung des Anteilverhältnisses zwischen deutscher und norwegischer Sendung, als auch auf die Art der Programmgestaltung. So versucht Mehle, den von deutscher Seite zum Ausdruck gebrachten Wunsch, auch das norwegische Programm mit Rücksicht auf die große Zahl der deutschen Hörer - besonders der Soldaten - mehr auf Musik bzw. eine allgemein leichtere Note auszurichten, mit scheinbar deutschfreundlichen Argumenten abzubiegen.

In diesem Zusammenhang verdient auch das Vorgehen Mehles gegen die Seemannssendung Beachtung, die zwar formell eine norwegische Sendung ist, aber bisher unter deutscher Leitung durchgeführt wird. Auf Betreiben Mehles hat schließlich Minister Fuglesang vor einiger Zeit die Initiative zu einer Vereinbarung mit der

zuständigen deutschen Stelle ergriffen, wonach die Seemanns-
sendung auch praktisch unter die Regie des Kulturdepartements
bzw. des norwegischen Rundfunks (d.h. Mehles) genommen werden
sollte. Mehle zeigt sich nun sichtlich ungehalten darüber, daß
die Durchführung dieser Abmachung noch immer nicht in seinem
Sinne erfolgt ist. Er setzt daher mit seiner bisher an der
Seemannssendung geübten negativen Kritik, sie sei in ihrer all-
gemeinen politischen Linie zu grob, fort.

In Anbetracht des politischen Zweckcharakters dieser Sendung
sind zwar erklärlicherweise die Urteile aus dem Hörerkreis oft
recht widersprechend. Insgesamt gesehen wird sie jedoch in ihrer
bisherigen Gestaltung im Grunde positiv beurteilt, wobei neben
den Grüßen an die außerhalb des Landes befindlichen norwegischen
Seeleute eine Reihe politischer Referate - besonders die von dem
Sprecher Haakon B e r g e verfaßten und gesprochenen Abhand-
lungen - hervorgehoben werden.

Noch deutlicher als bei der Frage der Seemannssendungen war das
Bestreben des Kulturdepartements, d.h. Minister Fuglesangs, den
deutschen Einfluß nach Möglichkeit auszuschalten, in der Frage
der geplanten Schwedensendungen erkennbar. Vonseiten eines
Kontorchefs im Kulturdepartement wurde schon Anfang März - einem
vertraulich erfaßten Gespräch zufolge - wörtlich erklärt, daß
man Sendungen in schwedischer Sprache plane, jedoch sie ohne
Einnischung der deutschen Behörden durchführen wolle.

Nachdem das Kulturdepartement diese Sendungen zunächst nicht in
der von ihm ursprünglich geplanten Form durchsetzen konnte, wurde
eine Sendereihe "Über die Grenzen" (Tvers over grensene) aufge-
zogen, die seit dem 9. April dieses Jahres alle 14 Tage (Freitags
von 19,15 - 20 Uhr) gebracht wird. Ihrem Titel nach richtet sich
zwar die Sendung ganz allgemein an alle Norweger im Ausland,
ihrem eigentlichen Inhalt nach ist sie aber als eine vorwiegend
für die jetzt in Schweden lebenden Norweger, d.h. für die Emi-
granten bestimmte Sendung anzusehen. Dies geht schon daraus hervor,
daß der Titel der Sendung ursprünglich (Tvers over Kjölen"
lautete, womit zum Ausdruck kam, daß sie über den Kjölen-Gebirgs-
zug, d.h. nach Schweden, gerichtet sein sollte. In einer kurzen
Pressenotiz vom 30.3.1943 wurde die Sendung auch unter diesem

Titel angekündigt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß sie "besonders den in Schweden wohnenden Norwegern gelte". Indessen lief dann die Sendung am 9. April unter dem jetzigen Titel an, eingeleitet mit einem Vortrag von Dr. Mehle, der hervorhob, daß man nicht beabsichtige, die Propaganda "von draußen" mit einer entsprechenden Gegenpropaganda zu beantworten, sondern nur den Norwegern im Ausland das Vaterland näherbringen wolle. Die bisher erfaßten Stellungnahmen der Hörer zu dieser Sendung waren überwiegend negativ.

Im Gegensatz hierzu wurde das im Rahmen dieser Sendung am 14. Mai 1943 zum ersten Mal gebrachte Interview dreier nach Schweden geflüchteter und nun enttäuscht zurückgekehrter Seeleute im allgemeinen positiv beurteilt. In verschiedenen Meldungen wird der Meinung Ausdruck verliehen, daß insbesondere die inzwischen mehrfach erfolgte Behandlung dieser Angelegenheit in der Tagespresse in der Lage sein wird, durch die Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse in den schwedischen Flüchtlingslagern einen gewissen propagandistischen Erfolg im Lande zu erzielen. Man hält es weiter für durchaus möglich, daß die Sendungen in Schweden viel abgehört werden und daß sie einen Teil der Flüchtlinge zur ernsthaften Erwägung einer evtl. Rückkehr anregen.

Wie durch einen schwedischen Vertrauensmann bekannt wird, der aus beruflichen Gründen über die Verhältnisse in den schwedischen Flüchtlingslagern laufend genau unterrichtet ist, wird dort das Abhören des norwegischen Rundfunks geradezu demonstrativ vermieden. Die Insassen der Lager seien jedoch durch die TT- und STB-Meldungen in der schwedischen Presse mit der Angelegenheit bekannt geworden, noch mehr aber durch die den Lagern regelmässig zugehenden Erzeugnisse der norwegischen Emigrantenpropaganda, die von den Sendungen als Betrugsmanövern und plumpen Tricks sprechen, auf die kein Norweger hereinfallen werde. Die schwedische Presse selbst hat begonnen, an den Sendungen die "schwedanfeindlichen" Äußerungen der zurückgekehrten Flüchtlinge zu kritisieren. Sie versucht weiter, der vom norwegischen Rundfunk ausgehenden Propaganda in dieser Frage dadurch das Wasser abzugraben, daß sie die Forderung stellt, die Behandlung der norwegischen Flüchtlinge aus der allgemeinen Handhabung der Flüchtlingsfrage heraus-

zunehmen und den Norwegern eine bevorzugte Behandlung zuteil werden zu lassen.

Durch ein vertraulich erfaßtes Schreiben des Wirtschaftsdepartements an das Justizdepartement wurde ein Vorstoß des ersteren in der Frage der beschlagnahmten norwegischen Rundfunkgeräte bekannt. In dem Schreiben und einer beigefügten Niederschrift heißt es, daß die Speditionsfirma Schenker & Co. die Genehmigung zur Ausfuhr von 200 000 Rundfunkgeräten nachsuche, wobei als Wert 300.- Kr. je Gerät angegeben würden. "Dieser Antrag auf Ausfuhr norwegischen Eigentums zu einem so bedeutenden Wert" - es würde sich damit um 60 Millionen Kr. handeln - gebe "dem Handelsdepartement allen Anlaß, die Frage in ihrer vollen Breite zur Behandlung aufzunehmen." Man könne sie ohne Rücksicht auf die politische Seite betrachten und es könne "wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Besatzungsmacht keine Befugnis hat, ohne Entschädigung privates Eigentum einzuziehen und solches Eigentum nach dem Ausland auszuführen." Um zu verhindern, "daß norwegisches Eigentum zu Millionenwerten ohne weiteres aus dem Lande ausgeführt wird, ohne daß dieses Eigentum in irgend einer Form bezahlt wird", werde deshalb die Gesetzes-abteilung des Justizdepartements um ein Gutachten über die völkerrechtliche Seite der Angelegenheit gebeten, wonach Verhandlungen mit dem Reichskommissar aufgenommen werden könnten.

Wie hierzu noch bekannt wird, hat das Justizdepartement geantwortet, daß sich diese Angelegenheit zu einer völkerrechtlichen Beurteilung nicht eigne und hat vorgeschlagen, die Sache zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Wirtschaftsdepartement und dem Reichskommissariat zu machen.

S p o r t .

In der Zeit vom 7. bis zum 9. Mai fand in Oslo die Zusammenkunft der Gausportleiter des norwegischen Sportverbandes statt, an der neben diesen auch einige Fachsportleiter und Abteilungsleiter des Verbandes teilnahmen. Auf dieser Tagung kamen außer einigen rein sportlichen und organisatorischen Themen auch die augenblicklichen Schwierigkeiten zur Sprache, die sich durch die Verordnung des totoalen Arbeitseinsatzes ergeben. Gleichzeitig wurden die Reiseeinschränkungen behandelt, die eine Beteiligung von Sportlern an Wettkämpfen, die über den lokalen Rahmen hinausgehen, fast unmöglich machen. Aus den Äußerungen der einzelnen Teilnehmer ging deutlich hervor, daß bei Berücksichtigung der augenblicklichen Verhältnisse die weitere Fortführung des Sportes außerordentlich schwierig sein werde, zumal die geringe Anzahl von Sportvereinen ein Abhalten von Wettkämpfen unter den Vereinen einer Gemeinde von vornherein ausschliesse.

Die aus den vorstehend angeführten Gründen bereits von Minister S t a n g verfügte Einschränkung der sportlichen Wettkampftätigkeit kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch noch andere Schwierigkeiten vorhanden sind, die sich in der Diskussion der Tagungsteilnehmer immer wieder in den Vordergrund schoben. Besondere Unzufriedenheit herrschte darüber, daß die Organisation und Planung des norwegischen Sportverbandes auf die weitere Entwicklung einen hemmenden Einfluß ausübe. Von den auf dem "Sporting" im Mai vorigen Jahres angekündigten Plänen sei bisher keiner zur Durchführung gekommen. Zwischen den Vereinen und dem norwegischen Sportverband bestehe keine lebendige Verbindung. Dieser mangelnde Kontakt habe dazu geführt, daß z.B. von den auf dem Papier vorhandenen 586 Vereinen nur ungefähr 100 mit dem norwegischen Sportverband korrespondierten.

Als Hemmschuh für die Weiterentwicklung des Sportes wird teilweise auch eine Verordnung des Innendepartements bezeichnet, derzufolge dem Sport jetzt keine grösseren Mittel zur Verfügung gestellt werden dürfen als in den früheren Jahren. Da die Gemeinden aber früher sowieso keine Gelder für diesen Zweck bereitgestellt hätten, könnten auch heute dem Sport gegenüber

wohlwollend eingestellte Bürgermeister aufgrund der bestehenden Verordnung keine Geldmittel für sportliche Zwecke ausschütten. Minister Stang beantwortete bei der Erörterung dieser Angelegenheit alle an ihn gerichteten Fragen damit, daß er auf die bisherigen Bemühungen hinwies und ankündigte, daß er die Erledigung der Sache selbst in die Hand nehmen würde.

Dieser Ausspruch des Ministers wird in eingeweihten Kreisen, besonders von den Angestellten des Departements selbst, mit gewissen Zweifeln aufgenommen, da es sich häufig erwiesen habe, daß gerade dann nichts dabei herauskomme. Sollte der Minister tatsächlich diese Angelegenheit zu einer Lösung bringen, so wäre es das erste Mal, daß er in sportlichen Dingen etwas durchgeführt habe. Diese kritische Beurteilung der Tätigkeit des Ministers Stang beleuchtet gleichzeitig die Stellung des Sportrates Charles Hoff im Departement für Arbeitsdienst und Sport. Die Tatsache, daß im Sport manche Probleme auf eine Lösung warten, wird zu einem großen Teil Hoff zur Last gelegt. Auf der Tagung konnte die Feststellung getroffen werden, daß die Popularität Hoff's stark zurückgegangen ist. Es wurden bei dieser Gelegenheit von den Gausportleitern Vergleiche zwischen Charles Hoff und Reichborn-Kjennerud angestellt, die nicht zum Vorteil von Charles Hoff ausfielen. Eine bemerkenswerte Kritik wurde an Hoff auch in Bezug auf sein enges Verhältnis zu Deutschen geübt. So werde z.B. bemängelt, daß Hoff gelegentlich der Skiwettkämpfe in Skeikampen es vorgezogen habe, mit deutschen Offizieren zu verkehren, als im Kreise seiner norwegischen Landsleute zu bleiben.

Die Vertreter Drontheims auf der Arbeitstagung gaben nach der Tagung ihre Enttäuschung über die Tätigkeit des norwegischen Sportverbandes offen zu verstehen. Wenn im Laufe von zwei Monaten von den auf der Arbeitstagung vorgebrachten Vorschlägen kein Gebrauch zu positiven Verbesserungen gemacht werde, so beabsichtigten sie eine Aktion der Gausportleiter Norwegens durchzuführen, und dem Minister anhezulegen, den norwegischen Sportverband aufzulösen, um eine effektiver arbeitende Organisation zu gründen. Sollten diese Vorstellungen bei Minister Stang keinen Erfolg haben, so würden sie sich mit ihrer Bitte an den Reichskommissar wenden.

Auch von den Fachamtsleitern ist geplant, eine Versammlung einzuberufen, auch wenn der Verband oder das Ministerium dagegen sein sollten. Aus allen Äußerungen und Plänen ist ersichtlich, wie wenig zufriedenstellend die Stimmung in den Sportkreisen des Landes zurzeit ist. Unter diesen Umständen hat der Bericht "Fritt Folks" über die Arbeitstagung der Gausportleiter, in dem von einem "sportlichen Ereignis" die Rede ist, peinliches Aufsehen erregt. Der Bericht wird in NS-Sportkreisen stark ironisiert.

d) Verwaltung und Recht.

Anlässlich des 10jährigen Bestehens der NS am 17. Mai 1943 hat sich der Reichskommissar auf Bitten des Ministerpräsidenten Quisling bereit erklärt, eine grössere Anzahl von politischen Häftlingen freizulassen. Im Rahmen dieser Amnestie wurden bis zum 24. Mai 1943 in Norwegen 245 Häftlinge entlassen.

Das SS- und Polizeigericht Nord verurteilte 10 Norweger aus Drontheim zum Tode. In 6 Fällen konnte die Betätigung für einen Feindstaat und in 3 Fällen die Unterlassung einer Anzeige beabsichtigter Verbrechen gegen die deutsche Besatzungsmacht und damit die Unterstützung der illegalen Tätigkeit nachgewiesen werden. Ein weiterer Angeklagter konnte einer Gewalttat gegen die deutsche Besatzungsmacht in Verbindung mit versuchter Landesflucht überführt werden. Bezeichnend für die schon seit Monaten beobachtete Zusammenarbeit zwischen nationalen Widerstandskreisen und kommunistischen Terrorgruppen war in diesem Falle wiederum die Feststellung, daß einige der Angeklagten kommunistische Funktionäre waren, wobei einer davon bereits als Leiter einer neugebildeten Kommunistengruppe fungierte.

Sämtliche Urteile wurden von Reichskommissar bestätigt und vollstreckt worden. In Drontheim entstanden im Zusammenhang mit verschiedenen Festnahmen, die aufgrund anderer Aktionen erfolgte, zahlreiche Gerüchte. In deutschfeindlichen Kreisen der Bevölkerung diskutiert man die Vollstreckung dieser Todesurteile in ähnlicher Form wie seinerzeit die Geislerschießung anlässlich des Ausnahmezustandes im Drontheimer Bezirk. Stimmen aus Oslo und Stavanger besagen, daß man besonders den 3 Todesurteilen, die sich auf die Unterlassung der Anzeigepflicht gründen, verständnislos gegenüberstehe, und sie in übrigen mit vorhaltener Ruhe zur Kenntnis nehme. Auch in NS- und deutschfreundlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß, solange noch Kriegszustand zwischen Deutschland und Norwegen bestehe, viele Norweger in Gewissenskonflikte gerieten, wenn man von ihnen fordere, daß sie Handlungen, die gegen die Okkupationsmacht gerichtet sind, zur Anzeige zu bringen haben. Diese Tatsache müsse bei der Urteilsfindung berücksichtigt werden.

In der Presse wies das norwegische Polizeidepartement wiederum auf die schweren Folgen in Fällen der Landesflucht hin. Das Departement betonte, daß durch die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Volk und Land unnötige Leiden erspart bleiben würden, wie Todesstrafe, Aberkennung des norwegischen Staatsbürgerrechts, Beschlagnahme und Einziehung der Vermögen, Geiselfestnahme usw. Mehrere in der letzten Zeit gefällte Urteile, die sich gegen Landesflüchtige richteten, wurden in der Bevölkerung in der Form aufgenommen, daß den in diesem Zusammenhang von den Behörden veranlaßten Bekanntmachungen und Maßnahmen eine gewisse Wirkung beizumessen sei und auch in Volke auf Verständnis stoße.

Das SS- und Polizeigericht Nord erledigte im ersten Quartal 1943 (1.1. - 31.3.1943) 47 neu anhängig gewordene Verfahren durch Urteil bzw. Strafverfügung. Dabei wurden wegen Betätigung für einen Feindstaat, Spionage und unberechtigten Verlassens norwegischer Gebiete 15 Norweger zum Tode verurteilt. Die Urteile sind vollstreckt worden. In Verfahren, die vor dem 1.1.1943 anhängig geworden waren, wurden im ersten Quartal 1943 12 Todesurteile gefällt. Davon sind 2 vollstreckt worden, während in 10 Fällen (Strafsache Kristiansand) Begnadigung erfolgte.

Die deutschen Kriegsgerichte in Norwegen nahmen im ersten Quartal 1943 344 Verurteilungen von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit vor. Todesstrafen wurden nicht verhängt. In 90 Fällen wurden Geldstrafen, in 32 Fällen Zuchthausstrafen und im übrigen Gefängnisstrafen ausgesprochen. Die Zahl der Verurteilungen entspricht etwa derjenigen des ersten Quartals 1942. Zu 90 bis 95% handelt es sich um Diebstähle an Wehrmacheigentum, insbesondere um Lebensmitteldiebstähle.

d) Wirtschaft.Arbeit und Sozialwesen.Nationaler Arbeitseinsatz.

In den letzten Wochen wurde eine grössere Anzahl Norweger, die für den nationalen Arbeitseinsatz ausgeschrieben waren, von der OT gezwungen, in Svelvig an einem Kraftfahrerlehrgang teilzunehmen und einen Einstellungsvertrag zu unterschreiben, der sie für die Dauer des Krieges zum Einsatz als Kraftfahrer bei der OT verpflichtet. Der Einstellungsvertrag mit dem Kopf "Der Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt, Chef des Kraftfahrwesens, Legion Speer" wurde den Norwegern nur in deutsch also ohne norwegische Übersetzung vorgelegt. In dem Vertrag, der für ganz Europa Gültigkeit hat, heisst es u.a.: "Der Eingestellte ist verpflichtet, auch jede andere seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit zu leisten. Er ist weiter verpflichtet, an Lehrgängen teilzunehmen, die der Steigerung seiner Leistungen dienen; Zeitpunkt Dauer und Durchführungsort bestimmt die Legion Speer.

Für das Dienstverhältnis gilt das Deutsche Recht in Verbindung mit der Dienst-, Straf- und Beschwerdeordnung der Legion Speer.

Der Eingestellte ist verpflichtet, über die ihm durch seine dienstliche Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz oder dienstliche Anordnung vorgeschrieben oder ihrer Natur nach erforderlich, Verschwiegenheit gegen jederman zu bewahren. Von dieser Pflicht kann ihn keine andere befreien. Zuwiderhandlungen können mit dem Tode bestraft werden."

Nachdem die Norweger diesen Vertrag unterschrieben hatten, wurden sie nach Svelvik befördert, wo sie uniformiert wurden. Da für die Kraftfahrausbildung noch nicht die erforderlichen Fahrzeuge eingetroffen waren, erhielten sie vorerst eine Exerzierausbildung.

Mehrere Eltern, deren Söhne auf diese Weise für die OT verpflichtet wurden, wandten sich in einem gemeinsamen Schreiben an Minister Lippestad, in dem sie ihm diese Anwerbungsmethoden mitteilten und ihm erklärten, dass sie annehmen, dass ihre Söhne in eine deutsche Militärabteilung eingereiht und deutschen Kriegs-

gesetzen unterstellt worden seien. Dies würde im Widerspruch zu den Voraussetzungen für den nationalen Arbeitseinsatz stehen, wie sie von Minister Lippestad festgelegt worden seien. "Wir gestatten uns deshalb", so heisst es in dem Schreiben weiter, "um die Unterstützung des Herrn Ministers zu bitten, damit das Arbeitsverhältnis unserer Söhne in Einklang mit den Voraussetzungen des nationalen Arbeitseinsatzes gebracht wird, d.h., dass sie von einer weiteren Dienstleistung bei der Legion Speer oder ähnlichen Abteilungen befreit werden."

Die zwangsweise Verpflichtung von Norwegern für die OT, ihre Uniformierung und militärische Ausbildung hat sich in der Bevölkerung stimmungsmässig schlecht ausgewirkt und Anlass zur schärfsten Kritik an der Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes gegeben.

Der Londoner Rundfunk und die schwedische Presse haben ausführlich über die Zwangsausschreibung für die OT berichtet. Auch in illegalen Flugschriften wurde sie zum Anlass genommen, zur Sabotage des nationalen Arbeitseinsatzes aufzufordern.

So heisst es in einer Flugschrift u.a.:

"Es ist jetzt festgestellt worden, dass der nationale Arbeitseinsatz nur eine Einberufung der Hilfstruppen für die Deutsche Wehrmacht ist. Ausserdem wurde in Erfahrung gebracht, dass mehrere Norweger gezwungen wurden, einen Kontrakt zu unterschreiben, während der Dauer des Krieges bei der Legion Speer Dienst zu machen. Sie sind in Trainingslagern untergebracht worden, haben deutsche Uniformen erhalten und stehen unter deutschem militärischen Kommando.

Es war ein Fehler, die Meldung zum Arbeitseinsatz einzusen- den. Der Fehler ist jedoch inzwischen gemacht worden. Es könnte so aussehen, als ob das norwegische Volk zum ersten Mal seine Sache im Stich gelassen hat. Wir haben nicht schnell genug gehandelt, aber es nützt nicht, weiter davon zu sprechen. Jetzt müssen wir uns sammeln und bestimmt nein sagen. Wir sind durch Drohungen und falsche Versprechen betrogen worden, aber es ist nicht zu spät, Widerstand zu leisten. Jetzt wissen wir, dass der nationale Arbeitseinsatz bedeutet, im Kriege auf der Seite des Feindes teilzunehmen und es ist auch selbstverständlich, dass dies gegen das Gewissen jedes Norwegers steht.

Die Parole muss von jetzt ab daher sein, dass keiner von den Personen, die einberufen werden, im Arbeitskontor, auf der Sammelstelle oder auf dem Arbeitsplatz erscheint. Niemand

- 50 -

darf sich zur Registrierung melden.

Früher wurde in einem anderen Schreiben erwähnt, dass mehrere Norweger gezwungen wurden, Kontrakte mit der Wehrmacht zu unterschreiben, die für die Dauer des Krieges Gültigkeit haben sollen. Die norwegischen Papiere wurden den betreffenden Norwegern weggenommen. Sie haben deutsche Soldatenuniformen, werden im Tank- und Panzerwagenfahren geübt und der 7-Division Wiking angeschlossen. Sie müssen auf Hitler schwören. Im gleichen Schreiben wurde auch erwähnt, dass mehrere Norweger aus dem Land transportiert wurden. Es liegen jetzt Meldungen vor, dass sie sich in Finnland, Dänemark, Deutschland und Frankreich befinden, wohin sie freiwillig nicht gegangen sind.

Wenn Einberufungen solche Möglichkeiten wie obengenannt in sich schliessen, muss es selbstverständlich sein, dass kein Norweger zu den Einberufungen erscheint. Personen, die zu diesen Einberufungen nicht erscheinen, werden mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 3 Jahren verurteilt, aber gleich welche Strafe man erhält, man kann nicht gegen das Gewissen handeln. Die Richtlinie in unserem Kampf ist immer gewesen: Kein Norweger soll sich zwingen lassen, gegen das Gewissen zu handeln. Auf dieser Grundlage haben wir einzeln und zusammen unseren waffenlosen Kampf gegen die Unterdrücker geführt.

Hitler hat geäußert, dass Norwegen mit Deutschland im Krieg ist. Auch Terboven hat ähnliche Äusserungen getan. Quisling hat mehrmals gesagt, dass es wegen der Haltung des norwegischen Volkes unmöglich sei, mit Deutschland einen Frieden zu schliessen. Es besteht also Krieg gegen Deutschland. Trotzdem werden wir gezwungen, einen Einsatz von direkter kriegswichtiger Bedeutung zu leisten. Niemand kann daher zu diesem Dienst im Solde des Feindes erscheinen."

Die Abteilung Arbeit und Sozialwesen hat die NSKK-Transportgruppe Todt -Abschnittsführung Wiking- aufgefordert, in Zukunft derartige Verpflichtungen zu unterlassen und bereits erfolgte zwangsweise Verpflichtungen wieder aufzuheben.

Von Norwegern, die für den nationalen Arbeitseinsatz dienstverpflichtet wurden, ist bemängelt worden, dass die Transporte zu den einzelnen Arbeitsplätzen schlecht vorbereitet und sie teilweise zu anderen Orten gesandt worden seien, als ihnen vor dem Transport angegeben war. So haben 40 verpflichtete Arbeiter aus Moss in einem gemeinsamen Schreiben an den Fylkesmann Hans S. Jacobsen Beschwerde darüber geführt, dass sie nach Nordnorwegen und nicht nach Fauske gesandt wurden, wie ihnen von den Arbeitsvermittlungen in Moss und Oslo zugesichert gewesen sei,.

und sie sich daher nicht in bezug auf Bekleidung für einen Einsatz an der Eismeerküste eingestellt hätten. Weiter wiesen sie darauf hin, dass auf den Zwischenstationen des Transportes ihr Ankommen scheinbar nicht bekannt gewesen sei, da sie teilweise auf dem Fussboden hätten schlafen müssen und die hygienischen Verhältnisse so schlecht gewesen seien, dass der betreuende Arzt dem Roten Kreuz einen Bericht hierüber gegeben habe. Auch hätten sie nach 3 Wochen ihrer Dienstverpflichtung noch kein Geld erhalten, obwohl viele von ihnen verheiratet seien und ihre Familie versorgen müssten. Wörtlich heisst es dann in dem Schreiben:

"Wir mussten 7 Stunden im Regenwetter am Kai stehen, bevor wir auf das Schiff M/s Drechtdijk kamen. Es war sehr kalt und die Hälfte von uns war erkältet. Unterwegs kamen wir nach Bodö, und waren dort 1/2 Tag. Bodö liegt nur ungefähr 40 km von Fauske entfernt, und wir versuchten, das Schiff zu verlassen, was jedoch nicht möglich war. Wir durften nicht einmal von Bodö aus schreiben. Von Donnerstag bis Dienstag bekamen wir kein warmes Essen nur Kaffeersatz. Wir protestierten gegen die Art und Weise, wie wir behandelt wurden. Auf ein Fernschreiben an Geschäftsführer Berg, Moss, wurde nicht geantwortet. Als wir uns an den deutschen Reiseführer wegen unserer schlechten Ausrüstung wandten, bekamen wir den Bescheid, dass wir OT-Uniformen bekommen könnten. In Narvik wurde uns mitgeteilt, dass wir irrtümlicherweise zu einem anderen Ort gesandt wurden, was sich aber nicht ändern lässt. Nach einigem Durcheinander kamen wir auf das Schiff M/S Betragne, auf dem wir uns jetzt noch befinden. Im Augenblick sind wir im Burfjord, wissen aber nichts von dem nächsten Bestimmungsort. Es wird jedoch von einem Ort nördlich von Hammerfest gesprochen."

Auch die Angehörigen von den aus Moss verpflichteten Arbeitern haben sich in dieser Angelegenheit in einem Schreiben an den Fylkesmann Hans S. Jacobsen gewandt, in dem es u.a. heisst: "Als sie reisten, bekamen die meisten von ihnen nur das Notwendigste mit, um so wenig wie möglich Gepäck zu haben. Wir beab-

sichtigten, ihnen das restliche Gepäck nachzuschicken, sobald sie an dem Bestimmungsort angelangt waren. Wie wir jetzt erfahren, sind sie nicht nach Fauske, sondern nach Nordnorwegen gekommen, ohne dass wir von ihnen oder den Behörden Auskunft erhalten haben, wo sie sich nunmehr aufhalten. Wir wissen nur, dass sie in eine kalte Gegend gekommen sind, für die sie keine Ausrüstung haben. Wir sind daher um unsere Angehörigen ernsthaft in Sorge und halten es für unsere Pflicht, uns an die Behörden zu wenden. Wir protestieren dagegen, dass sie nicht dorthin gesandt wurden, wohin sie ursprünglich kommen sollten und dass wir uns mit ihnen nicht in Verbindung setzen und ihnen Kleider schicken können."

Neuer Bauarbeitertarif.

Der mit Wirkung vom 1.4.43 eingeführte neue Bauarbeitertarif wurde einem Bericht aus Stavanger zufolge von den Arbeitern anfangs ruhig und abwartend aufgenommen, bis von gegnerischen, von dem Tarif selbst nicht betroffenen Personen versucht wurde, die Arbeiterschaft dadurch aufzuhetzen, dass sie den neuen Tarif als unsozial hinstellten. Seit dieser Zeit ist bei den Bauarbeitern eine gewisse Unzufriedenheit zu beobachten. Verschiedentlich ist von den Arbeitern die Lohnkürzung des neuen Tarifs der Besoldungszulage für die Lehrer gegenübergestellt worden. Während der Staat auf der einen Seite den Lehrern, die sich in der Mehrzahl aktiv gegen die Neuordnung eingesetzt hätten, eine Gehaltszulage gewährt habe, würde er zur gleichen Zeit den Lohn solcher Arbeiter reduzieren, die sich deutschen Bauvorhaben zur Verfügung gestellt und produktive Leistungen vollbracht hätten.

Über das Werk Herøen wurde berichtet, dass nach Inkrafttreten des neuen Bauarbeitertarifs unter den dortigen Bauarbeitern ein Nachlassen der Arbeitsleistungen festzustellen sei. Die Stundenlohnsenkung habe unter den Bauarbeitern eine gewisse Unruhe verursacht. Aus Aalesund wird gemeldet, dass auf den Baustellen nachlässiger und langsamer als bisher gearbeitet würde. Oftmals seien Arbeiter tagelang von ihrem Arbeitsplatz ferngeblieben bzw. hätten in verstärkter Masse ihre Arbeitsplätze verlassen. Die

neuen Löhne würden als "Hungerlöhne" bezeichnet und von kommunistischen Elementen als Agitationsmittel gegen die Deutschen und die NS angewandt werden.

In einem Bericht aus Drontheim wird darauf hingewiesen, dass die Arbeiter verbittert darüber sind, dass nur vereinzelte Arbeiten im Akkord vergeben werden, obwohl nach der neuen Tarifordnung alle Arbeiten, soweit es sich irgendwie technisch ermöglichen lässt, im Akkord zu verrichten sind. Besonders hart betroffen seien hiervon die im Zuge des nationalen Arbeitseinsatzes als Hilfsarbeiter verpflichteten Angehörigen anderer Berufsgruppen.

In einem Rundschreiben hat der Leiter des norwegischen Steinindustriearbeiterverbandes, Trygve Holm, in scharfer Form gegen den neuen Bauarbeitertarif Stellung genommen. Odd Fossum hat Holm daraufhin aus seiner Stellung entfernt. Bemerkenswert hierbei ist, dass Holm Mitglied der NS ist und sein Sohn sich freiwillig an die Front gemeldet hat. Auf Befragen erklärte Holm, dass er aus rein sozialer Überlegung heraus das Rundschreiben an die ihm unterstellten Abteilungen versandt habe. Die NS sei nach seiner Ansicht aufgrund des Parteiprogramms verpflichtet, eine familienfreundliche Politik durchzuführen. Der neue Tarif stehe hierzu jedoch im Gegensatz, da beispielsweise ein Hilfsarbeiter nunmehr einen Netto-Wochenlohn von 50.- Kr. bekommen würde, von welchem seine Familie am Wohnort und der Arbeiter auf der Baustelle leben müssten. Des weiteren hätten die Arbeitgeber ständig versucht, die Löhne zu senken, um die Arbeiter gegen Deutschland und die NS zu beeinflussen.

Fachliche Landesorganisation. (Gewerkschaften)

Seitens der leitenden Gewerkschaftsfunktionäre und Minister Lippestad wird mit Besorgnis die Entwicklung in der Fachlichen Landesorganisation, die allmählich einer Selbstauflösung entgegengehe, beobachtet. Der Leiter der Fachlichen Landesorganisation, Odd Fossum, schätzt den Teil der Mitglieder, die zurzeit keine Beiträge zahlen, auf mindestens 50 %. Allein

im Bauarbeiterverband würden von 33.000 Mitgliedern nur noch 15.000 Mitglieder ihrer Beitragspflicht nachkommen. Dieser Zustand habe dazu geführt, dass die Ausgaben der Gewerkschaften weit höher seien als die Einnahmen. Die Ausgaben der Presseabteilung würden allein pro Jahr ungefähr 1.400.000,- Kr. betragen. Fossum habe Minister Lippestad vorgeschlagen, das Erscheinen sämtlicher Fachblätter der einzelnen Gewerkschaftsverbände einzustellen und in Zukunft für sämtliche Gewerkschaftsmitglieder nur ein Mitteilungsblatt herauszugeben. Minister Lippestad soll hiermit einverstanden sein.

Von der Gewerkschaftsleitung und dem Sozialdepartement ist wiederholt die Forderung gestellt worden, dass, wenn schon deutscherseits aus politischen Gründen und im Interesse des Arbeitsfriedens eine Zwangsmitgliedschaft abgelehnt werde, zumindest die Einziehung der Mitgliedsbeiträge durch die Betriebe anzuordnen sei. Es sei kaum anzunehmen, dass eine solche Massnahme die Haltung und Stimmung der Arbeiter beeinflussen werde. Sollte gegen den Kontingentstreik nichts unternommen werden, müsse man befürchten, dass in nicht allzu langer Zeit nur noch ein geringer Prozentsatz der Mitglieder seine Beiträge entrichte. Wenn deutscherseits jegliches Eingreifen abgelehnt werde, könne man annehmen, so wird von Minister Lippestad und leitenden Gewerkschaftsfunktionären erklärt, dass die deutschen Behörden eine Zerschlagung bzw. Selbstauflösung der Gewerkschaft nur begrüssen würden.

In verstärktem Masse wird jedoch Fossum, selbst von seinen engsten Mitarbeitern, für diese Entwicklung verantwortlich gemacht. Fast sämtliche Verbandsleiter stehen in Opposition zu Fossum und sprechen ihm jede Fähigkeit für seine verantwortungsvolle Stellung ab. Fossum befasse sich nur mit kleinen Dingen, während ihm die grosse Übersicht fehle. Seine

- 55 -

Personalpolitik sei unmöglich und ungeschickt und seinen jeweiligen Stimmungen unterworfen. Sogar seine engsten Mitarbeiter hätten den Eindruck, daß sie von Fossun gegeneinander ausgespielt würden.

11.11.11
SS-Standartenführer.

Wald aus Norw. 52 - 23/3.47

60

Anlage 1).Fragebogen und Antwort eines Prüflings, der in einer Osloer Wohnung stattgefundenen Kurse über Ausführung von Sabotageanschlägen und Fememorden

(Siehe "Meldungen aus Norwegen" Nr. 55, Seite 14)

S p r e n g u n g .

1. a) Wie stellt man den Unterschied zwischen der Bigford- und der Cardexlunte fest?
b) Wie schnell brennen sie?
2. a) Was tust Du zuerst und zuletzt bei der Verwendung eines Zeitzünder?
b) Kann ein Zeitzünder Bigford und Cardex anzünden?
3. a) Welche Stärke hat Plastik 808 zu S B ?
b) Weshalb benutzt Du ein Primär?
4. a) Wieviel Plastik benötigst Du um ein Eisenbahngleis zu sprengen?
b) Zeichnung. 21,3 kg Plastik.
5. a) Kann ein Explosion einen Benzinbehälter anzünden?
b) Wie sprengst Du einen Hochspannungsmast?
c) Wie werden die Bardunen einer Hängebrücke gesprengt?
6. a) Welche 2 Dinge muß man bei Cardex beachten, die nicht gemacht werden sollen?
7. a) Weshalb werden ständig 2 Lunten und Detonator verwendet?
8. a) Nenne drei Sicherheitsmaßnahmen.
9. a) Wie heißen die 3 Fallenanordnungen?
10. a) Was muß bei jeder Sprengung beachtet werden?
11. a) Wie kannst Du Hochspannungsleitungen ohne D.S. zerstören?
12. a) Welches ist die beste Brandbombe?
b) Welche 3 Stoffe entwickeln Wärme, wenn sie miteinander in Kontakt kommen?
13. a) Nenne ein Beispiel selbstangefertigter Zeitzünder.
b) Wie willst Du eine Brandbombe herstellen?
14. a) Beispiel: selbstangefertigte elektrische Falle.
b) Was tust Du zuletzt beim Montieren einer solchen?

15. a) Wie wird eine Telefonleitung außer Betrieb gesetzt?
b) Telefonkabel?
c) Wie kannst Du ein Telefongespräch abhören?
16. a) Was sind 2 der Grundregeln für Schußstellung mit Pistole?
b) Nenne 2 Grundregeln für Jäm Jitsu?
c) Das Kaliber von "Sten" und "Beretti"?
d) Sind die Patronen mit oder ohne Rille?
17. a) Kann die Handgranate auf längere Zeit entschert werden?
18. a) Wo sind die empfindlichsten und totbringenden Stellen des Körpers ?
b) Kann ein Mann mittels eines Schlages getötet werden, und wo muß der Schlag sitzen?
19. a) Nenne die Namen von 3 Giften.
20. a) Wie willst Du einen Angeber liquidieren, der in einem Miethause wohnt und nie die Wohnung verläßt. Treffe Vorbereitungen. Welches Material würdest Du benutzen? Wieviel Leute?

Anlage 2).

1. a) Bigford Sicherheitslunte ist schwarz gefärbt.
b) Bigford Sicherheitslunte brennt mit einer Geschwindigkeit von 1 cm in d. Sekunde.
Cardex ist Explosiv 8000 m in der Sekunde.
2. a) Erst kontrollieren daß das Loch sauber ist.
Zuletzt kontrollieren daß sie entschert ist.
b) Ja, Cardex am detonieren.
3. a) Dreimal so stark.
b) Auf diese Weise leichter anzündbar als Detonator.
4. a) 2 1/2 Stange plastik.
b) 76 kg 2 1/2 F in Diam. 1 1/2 Z 2 1/2 F = 18 Z 2
$$\frac{3,14 \times 2,5}{8,25}$$
5. a) Die Bedingung für eine Explosion ist, daß eine Brandladung gleichzeitig explodiert.
b) Zwei Stützen unten, zwei höher oben.
c) Durch Scherladung (saksladning)
6. Daß sie nicht im Kreuz liegt, und daß sie dieselbe Richtung hat.
7. Um sicher zu sein daß die eine sprengt oder abgeht.
8. Nicht Reibung, nicht rauchen, Sprengstoff von Detonator fernhalten.
9. Gewichtsauslöser, Zugauslöser, Druckauslöser.
10. Alles geplant.
11. Das Ölventil losschrauben.
12. a) 50/50 d.h. 1/2 Benzin 1/2 Petroleum.
b) Schwefelsäure, Puderzucker, Chlorsaueres Cali.
13. a) Eine Uhr, eine Flasche. 50/50 mit Schwefelsäure Anhängzettel mit Puderzucker und Chlorcalcium auf der Rückseite.
b) Siehe oben.

14. a) Unter eine Matte. Nehme zwei Eisenplatten und bohre mehrere Löcher darin. Legen sie aufeinander und Zeitungen dazwischen.
b) Sorge dafür daß der richtige in die Falle geht.
15. a) Mit Erde verbinden.
b) Nagel durch die Kabel so daß sie in Verbindung bleiben.
c) Erst einen Kopfhörer in einem Telefonkiosk abschneiden, dann mit Isolierband verbinden.
16. a) Die Beine etwas auseinander und die Pistole in Körperlinie, achte auf das Ziel nicht auf die Pistole.
b) Laß den Gegner nicht merken, halte den Körper leicht und beweglich.
c) 9 mm 38
d) Ohne Rille.
17. a) Durch Verlängerung der Lunte oder mittels Zeitzündler.
18. a) In Gesicht, ober- und unterhalb der Nase, hinter den Augen, an Hals und in der Herzhöhle.
b) Ja. An jeder Halsseite, Herzhöhle und oberhalb der Nase.
19. Q: U. K.O. (Knock out)
20. Der betreffende Angeber wohnt allein in einem Miethaus. Zweimal wöchentlich werden ihm die Lebensmittel von Geschäft gebracht, jedoch muß der betreffende Bote die Waren auf den Korridor stellen, da er mißtrauisch ist. Der Angeber hat Telefon.

Der Plan: Ich würde feststellen, zu welcher Tageszeit der Bote die Waren dorthin stellt. Dann würde ich kurze Zeit vor ihm hinaufgehen und zwar eine Etage höher. Wenn der Laufbursche dann die Lebensmittel, z.B. eine Milchflasche o.ä. hinstellt, würde ich einer außerhalb des Miethauses stehenden Person ein Signal geben. Diese müßte dann bei dem Angeber anrufen und ihn am Telefon festhalten, damit die Lebensmittel etwa 3 Minuten unbeobachtet vor der Tür stehen bleiben. Dann würde ich etwas Gift was nicht erkennbar ist, z.B. 2 Pillen Knock out, in einer Ampulle aufgelöst, in die Milchflasche einträufeln, oder die Kapsel vorsichtig entfernen und hinterher wieder aufsetzen, dann würde ich wieder in Treppenhof verschwinden. Um festzustellen, ob der Angeber bei Bewusstsein ist, würde ich ihn anrufen, oder letztenfalls an seiner Wohnungstür klingeln. Wenn er nicht antwortet, nehme ich an, daß er bewusstlos

ist und breche die Tür so auf, wie ich es gelernt habe.

Als Sicherheitsmaßnahme können wir die Telefonverbindung nach dem ersten Telefongespräch, während die Waren immer noch vor der Tür stehen, unterbrechen, damit er keine Hilfe herbeirufen kann, wenn er die Wirkung des Giftes merken sollte. Wir können feststellen, ob er bei Bewußtsein ist, wenn wir an der Tür läuten. Wenn wir dann die Tür aufgebrochen und das Opfer bewußtlos gefunden haben, legen wir ihn in eine hierzu geeignete Kiste hinein, die wir uns für diesen Zweck besorgt haben, tragen diese in einen vor dem Haus stehenden Kraftwagen. Dort können wir ihm, wenn wir wollen, eine U-Spritze geben, nachdem wir ihn außerhalb der Stadt gefahren haben. Dann beseitigen wir alle Erkennungszeichen z.B. Gebiß, Goldplomben, Ringe, Wäschezeichen an den Bekleidungsstücken usw., legen ihn in einen Sack, öffnen den Leib und legen den Körper etwas Schweres bei, z.B. Eisenträger mit Gewichten und versenken ihn an einer tiefen Stelle der See. Die Arbeit ist ausgeführt und dazu wurden 2 Leute, 1 Kiste, 1 Kraftwagen, 1 leerer Sack und einige Eisenträger benötigt.